

Počet listů ve složce neodpovídá počtu listů uvedených
na obálce

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Čj. 109-5/93

Přílohy 73 listů Pr

70 listů

list č. 19; 24; 33 předány!

1.9.2009 Šulc

Krab. 105.

ST S

V - F - 1 - 12/41.

Dr. jur. HANNS BLASCHEK
Präsidentchef der Landesbehörde in Prag

PRAG, den 28. Februar 1941. 1
XVI, Matthias-Braun-Straße 11
Ruf 414-42

An den
Herrn Staatssekretär
SS-Gruppenführer K. H. Frank

Prag IV
Czernin-Palais.

Das Staatssekretariat beim Reichssekretär in Böhmen und Mähren. Eing.: 3. MRZ 1941 Tgb. Nr.:
--

Betrifft: Situationsbericht für Januar 1941.
Anlagen: 1

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

In der Anlage gestatte ich mir auftragsgemäß
einen auf Grund der Meldungen der einzelnen Bezirksbehörden
zusammengestellten übersichtlichen Lagebericht für den Monat
Januar 1941 zu übermitteln.

Heil Hitler !

Ihr sehr ergebener

H. Blaschek

B3/3
St. G. EF-12/41

Politische Lage .

Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde nirgends in größerem Masse gestört. Die Bevölkerung nimmt jede Aktion mit Ruhe auf und kümmert sich gegenwärtig fast ausschliesslich um wirtschaftliche Fragen.

Eine gewisse Nervosität verursachten unter der Prager Bevölkerung Nachrichten, die seit Anfang Januar von der Bewegung "TschNSL-Vlajka" über eine grössere gemeinsame Aktion am 25. Januar 1941 verbreitet wurden, deren Zweck und Durchführung bis zum letzten Tag geheim gehalten wurden. Es tauchte das Gerücht auf, dass die Zusammenkünfte in den einzelnen Sekretariaten zu einer massenweisen Verbreitung von illegalen, gegen die Protektoratsregierung und das NS gerichteten Flugblättern benützt werden. In den dem 25. Januar unmittelbar vorhergehenden Tagen gingen sogar Gerichte um, es werde zu Gewalttaten gegen das NS, allenfalls auch gegen Protektoratsorgane kommen. Durch diese unverantwortlichen, absichtlich verbreiteten Nachrichten wurde unter der Bevölkerung eine beträchtliche Beunruhigung hervorgerufen, und die Polizeidirektion in Prag war genötigt, die zur Sicherung der öffentlichen Ruhe notwendigen Massnahmen zu treffen.

Die Aktion wurde von der Leitung der Bewegung im Letzten Augenblick eingestellt und die Mitglieder wurden hievon durch Vertrauensmänner verständigt. Die Beteiligung an den Zusammenkünften war daher ziemlich gering und die Teilnehmer gingen in Ruhe auseinander. In Prag wurden keine Flugblätter verstreut, nur in den Kgl. Weinberger wurden am 26. Januar 1941 früh Klebezettel mit der Aufschrift "Sperrt die Havelka-Regierung ein, bevor

das tschechische Volk vernichtet wird." Die Nummern 1 - 6 des "Innerpolitischen Nachrichtendienstes" der "Vlajka", welche Angriffe auf Mitglieder der Protektoratsregierung enthielten, wurden in der Nacht vom 25. auf den 26. Januar in Kuttenberg, Pilsen, Tabor und in einigen kleineren Gemeinden verbreitet.

Der Zweck der ganzen Aktion scheint eine Propaganda bezweckt zu haben und sollte offenbar ein neuerliches Interesse für die Tätigkeit der gesamten Bewegung und ihrer Presse erwecken. Die regelmässigen wöchentlichen Zusammenkünfte werden immer schwächer besucht /an der Zusammenkunft am 25. Januar 1941 in Budweis nehmen 28 Personen teil/ und die Tageszeitung "Vlajka" erschien im Januar in wöchentlichen Abständen.

Gegen Ende Januar wurden in Prag kleine Zyklostyl-Flugblätter mit der Aufschrift "Der Londoner Rundfunk, der Vlajka - Putsch und unsere Bürokratie" aufgefunden, in welchen die Vorkehrungsmassnahmen der Prager Polizei mit angeblichen Meldungen des Londoner Rundfunks in Zusammenhang gebracht werden. Zwei Urheber dieser Flugblätter wurden sichergestellt und gegen sie die Strafanzeige erstattet. Die siebente Nummer des "Innerpolitischen Nachrichtendienstes der Vlajka" wurde inzwischen am 31. Januar 1941 in Tabor verbreitet.

Die tschechische Arbeitsfront verstreute am 9. und 11. Januar in den Gruben der Firma Schoeller in Libuschin und in denen der Firma Vanieck in Stein - Schechrowitz von der Leitung in Kladno herausgegebene Flugblätter, in denen gegen den Abzug der Beiträge vom Lohn zugunsten des "Fachverbandes der Bergarbeiter" protestiert wird. Die Arbeiterschaft ignorierte diese Flugblätter durchwegs. Die Bezirksbehörde in Schlan traf Massnah-

men, damit bei der Auszahlung am 10. Februar jeder Versuch nach einer beabsichtigten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Keim erstickt werde.

Die Arische Arbeitsfront veranstaltete in Ostböhmen einige sehr schwach besuchte Kundgebungen. An der Versammlung in Hohenmuth am 25. Januar beteiligten sich 36, am 26. Januar 13 Personen. Beim Vortrag der Kreisleitung in Königgrätz am 21. Januar waren 10, am 28. Januar 13 Personen anwesend. Wegen völliger Nichtbeteiligung fanden die Kundgebungen in Tschaschlau und Kuttenberg nicht statt.

Der Nationale Arische Kulturverband veranstaltete in Prag jeden Mittwoch Vorträge seines Vorsitzenden PhDr Franz Lelek bei einer durchschnittlichen Beteiligung von 35 Personen.

Am 26. Januar veranstaltete die Nationale Faschistengemeinde eine Versammlung in Pilsen, in welcher neue Richtlinien für ihre Tätigkeit festgelegt wurden. Von anderswoher wird vorläufig keine Tätigkeit dieser Organisation gemeldet.

Die Partei der Tschechischen Faschisten in Budweis /Johann Pavlik/ entfaltet keine politische Tätigkeit und gab bloss einen faschistischen Kalender heraus. In der Versammlung am 19. Januar zeigte sie ihre Bereitwilligkeit, in die neue faschistische Gruppe einzutreten.

Die Kommunisten entfaltet keine sichtbare Tätigkeit, und es wurden auch keine Anzeichen einer bedeutenderen Unruhe in den Fabriken festgestellt. In Prag wurde unweit der Fabrik Kolben - Daněk in Lieben ein mit den Worten "Arbeiter, Angestellte, Gewerkschaftler" beginnendes und "die Kommunisten" unterschriebenes Flugblatt gefunden, welches Angriffe gegen die Protektoratsregie-

rung sowie die reichsdeutschen Behörden enthält und die Arbeiterschaft auffordert, eine Lohnerhöhung und den Abschluss von ordnungsgemässen Kollektivverträgen zu verlangen und die Gewerkschaftsorganisationen mit revolutionärem Geist zu erfüllen. Mehr Exemplare wurden nicht vorgefunden.

Der Polizeidirektion in Prag wurde am 29. Januar ein kommunistisches Flugblatt mit der Überschrift "An die tschechischen Intellektuellen, an die tschechische Intelligenz" und unterzeichnet mit dem Zeichen "SUKO" übergeben. Das Flugblatt umfasst $3 \frac{1}{2}$ Seiten und ist mittels Durchschrift auf der Schreibmaschine hergestellt worden.

Im Ganzen kann gesagt werden, dass die Verbreitung kommunistischer Flugblätter in letzter Zeit nur in sehr beschränktem Umfang erfolgte, und nur ausnahmsweise vorkommt.

Eine verringerte Aktivität äusserte sich in der Verbreitung illegaler Klebezettel. In Prag wurden aufgeklebte Streifen mit den Aufschriften "Heil Roosevelt" und "Freies Europa freier Völker" vorgefunden, sowie Klebezettel mit dem Wortlaut "Es hamstern die Reichen, sie wissen warum; die kleinen Leute aber, bleiben sie dumm"? In Prag wurden am 14. Januar und in Kralup a.M. am 16. Januar Flugblätter mit der Überschrift "Berlin - Wien Dezember 1940" und mit der Unterschrift "Deutsche Kameradschaftspartei" aufgefunden, in welchen der gegenwärtige Krieg als zwecklos und für das deutsche Volk verderblich erklärt wird.

Am 10. Januar wurden in Prag kleine Flugblätter mit auf-rührerischen Aufschriften und der Unterschrift "Deutscher Abendkurs, Volksstrasse 20" verstreut. Die Verbreiter nützen die Verdunkelung aus, und es gelangt nicht, sie trotz sofort ein -

geleiteter intensiver Nachforschungen festzustellen.

Die Beschädigung von öffentlichen Fernsprechstellen in Prag dauert an, trotzdem in einigen von diesen Lichtalarmanlagen angebraucht sind, die in dem Augenblick in Tätigkeit gesetzt werden, wenn der Täter versucht, die Einrichtung der Sprechstelle gewaltsam zu beschädigen.

Eine Menge von Flugblättern englischen Ursprungs wurde aus Ballons am 20. Januar verbreitet. Die deutsch geschriebenen Flugblätter tragen die Aufschrift: "Amerika fordert: Schluss damit" und enthalten Auszüge aus Roosevelts' Neujahrsrede. Aufgefunden wurden sie in den Bezirken Gumpolds, Horschowitz, Rokitzan, Strakonitz, Wodnian, Wlaschim, Ledetsch an der Sasau, Pilsen, Moldautain, Wittingau, Budweis und Tabor. Ein Ballon mit diesen Flugblättern wurde bei der Gemeinde Koslau, Bezirk Strakonitz, aufgefunden. Die Flugblätter riefen unter der Bevölkerung keine grössere Aufmerksamkeit hervor.

Bei Jarau und Sursch, Bezirk Pilsen, wurden holländische Flugblätter mit der Ueberschrift "Kerstgroet 1940" aufgefunden.

Feindliche Flugzeuge überflogen den Bezirk Taus am 13. Januar um 3.45 Uhr warfen jedoch nichts ab.

Die Schneemenge, welche schwere Verkehrsstörungen verursachte, erforderte deren Beseitigung im Wege der allgemeinen Arbeitspflicht. Die Bevölkerung kam diesem Auftrag bereitwillig nach, obzwar die Beseitigung der Verwehungen bei Gemeinden mit einer geringeren Bevölkerungszahl und einem langen Strassenabschnitt eine aufreibende Arbeit war, umso mehr als die Bevölkerung nicht genügend warmes Winterschuhwerk, warme Anzüge und Handschuhe besitzt.

Der Schulunterricht wurde am 20. Januar wiederum aufgenommen. Die Schuljugend verhält sich diszipliniert, und bis auf einen einzigen Fall ergaben sich keine Beschwerden. In Hohenmauth spuckte nämlich der siebenjährige Franz Jelínek vor dem Heeresstandortkommandanten aus. Der Oberlandrat ordnete daher an, dass 8 Tage hindurch der Unterricht an allen Volks- und Bürgerschulen um 1 Stunde zu verlängern ist, welche der Belehrung der Schülerschaft über die grundlegenden Bedingungen des Zusammenlebens beider Volksgruppen gewidmet wurde.

Die Milderung des Verbotes von Tanzunterhaltungen rief, bis auf geringfügige, aus Trunkenheit entstandene Ausnahmen, keinerlei Anlass zu irgendwelchen Unzukömmlichkeiten hervor,

Zu Epidemien ansteckender Krankheiten kam es nicht. Laut Meldung der Bezirksbehörde in Seltshan treten in Schönberg an der Moldau und Umgebung in erschreckender Menge Blinddarmerkrankungen auf. In einigen Familien mussten im Januar bis zu drei Personen an Blinddarmentzündung operiert werden. Die Ursache der Erkrankungen konnte nicht festgestellt werden.

Landwirtschaftliche Lage.

Die Schneeverwehungen, welche während des Tauwetters im Januar teilweise tauten und eine zusammenhängende, teilweise bis 20 cm starke Eisschichte bildeten, erwecken Befürchtungen, dass es auch im heurigen Jahre notwendig sein wird, grosse Winter-saatflächen zu verackern, insbesondere in Gegenden, wo der Boden unter dem Schnee nicht genügend getroffen war. Obzwar der Umfang der verursachten Schäden bisher nicht bekannt ist, ist schon jetzt in Erwägung zu ziehen, womit die Felder nach den zu Grunde gegangenen Wintersaaten besät bzw. bepflanzt werden, da die

Landwirte keinen Frühjahrsroggen und Weizen besitzen, und Gerste und Hafer nur in einer für die regelmässige Frühjahrsaussaat hinreichenden Menge besitzen werden.

Die Privilegierte Getreidegesellschaft hat die endgültige Getreidemenge vorgeschrieben, welche die Bezirke zu liefern verpflichtet sind. Nach den Meldungen der Bezirksbehörden sind die Lieferungen nach den Saatdaten aus den vergangenen Jahren vorgeschrieben, welche mit der tatsächlichen Fläche der Halmfrüchte im Jahre 1940 in beträchtlichem Widerspruch stehen. Die Angaben der Berichterstatter des statistischen Zentralamtes wurden nicht berücksichtigt, und die Erträge bis um 3 q pro ha erhöht. Die Lieferungen werden daher nicht voll durchgeführt werden können.

Die zwangsweisen Kartoffellieferungen konnten infolge der Fröste nicht durchgeführt werden. Es ist zu befürchten, dass eine Menge von Kartoffeln in den Mieten erfroren ist.

Die Futtermittellieferungen wurden aufgeteilt, die Landwirte können ihnen jedoch wegen vollständigen Heu- und Stroh mangels nicht nachkommen.

Nicht einmal die Gemüselieferungen können in dem geforderten Mass erfüllt werden. Im Bezirk Königgrätz wurden von den angeforderten 8 Waggans Zwiebeln 20 v.H. geliefert.

Die Viehzucht leidet unter einem beträchtlichen Mangel an Futtermitteln. Die Not an Futtermitteln, hauptsächlich an Kernfuttermitteln dauert an. In vielen Fällen liegt die Schuld in einer schlechten Verteilung. Den Nichtlandwirten werden Futtermittel von November an überhaupt nicht, den Landwirten in vollkommen unzureichender Menge zugeteilt. Im Bezirk Semil beträgt die Zweimonatszuteilung für eine Milchkuh mit einem Ertrag bis

9

zu 4 l Milch 3.5 kg, bis zu 7 l 30 kg. Im Bezirk Münchengrätz füttern viele Landwirte die Pferde nur mit Melasse, soweit sie diese erhalten, und belassen bescheidene Heuvorräte für die Zeit der Frühjahrsfeldarbeiten. Als Folge der schlechten Fütterung ist nicht nur die Mästung erschwert, sondern auch die Milcherzeugung herabgesetzt, und die Erzeugung von Gutsdüngemitteln verringert. Auch die "Prispol" die Privilegierte Viehhandelsgesellschaft, die mit dem Abschluss von Verträgen mit den Landwirten über die Schweinemästung betraut ist und den Züchtern insgesamt 250 kg Futtermittel für ein Stück in zwei Raten, am 15. Dezember und 15. Januar, hätte liefern sollen, lieferte nur einen geringen Teil.

Es verringert sich insbesondere der Schweinebestand. In 27 Gemeinden des Bezirkes Pisek sank der Schweinebestand für Dezember 1940 um 603 Stück, der Zuwachs an Jungschweinen betrug 18 Stück. Im Bezirk Mühlhausen sank der Schweinebestand im Jahre 1940 um 6.000 Stück. Ebenso schnell schwindet das Geflügel.

Die Viehlieferungen können nicht in der vorgeschriebenen Menge erfüllt werden, und ein Mangel zeigt sich auch bei den Zwangslieferungen für die Wehrmacht. Die Tätigkeit der Viehverteilungsstellen bildet den Gegenstand ziemlicher Beschwerden. In Raudnitz an der Elbe beschwerten sich die Fleischer darüber, dass das Fleisch des zugeteilten Viehstückes teurer kommt, als wofür sie im Kleinverkauf zu verkaufen gezwungen sind. Hauptsächlich Rinder pflegen überfressen ohne Abzug zugeteilt zu werden, vom Verkäufer wird für die Betreffende Klasse der Höchstpreis verlangt, und der Unterschied zwischen dem Lebend- und Schlachtgewicht ist zu ungunsten des Fleischers unverhältnismässig gross.

Fälle von Schleickettenhandel treten bei den Landwirten

verhältnismässig selten auf. In beträchtlichem Ausmass könnte dies durch eine geeignete Regelung der festgesetzten Verkaufspreise verhindert werden. So z.B. ist der Verkaufspreis von lebenden Schweinen von 9.-K für 1 kg laut Angaben fast um 50 v.H. niedriger als die notwendigsten Erzeugungskosten.

Der Gesundheitszustand des Viehs ist verhältnismässig günstig. Der Schweinerotlauf ist im Abnehmen begriffen, ständig ist jedoch die Schweinelähmung zu verzeichnen, ihre Verbreitung steigt jedoch nicht; häufiger tritt die Drehkrankheit bei Rindern auf.

Die Waldarbeiten beschränkten sich auf das Herausschaffen des früher verarbeiteten Holzes zu den Wegen und auf dessen Abfuhr. Die Holzverarbeitung war infolge der grossen Fröste und der Unzugänglichkeit des Holzes unter der starken Schneedecke nicht möglich.

Das Wild in den Wäldern nahm bedeutenden Schaden, da die Privilegierte Getreidegesellschaft trotz häufiger Urgezen keine Futtermittel gewährte.

Versorgungslage .

Im Januar verschlechterte sich die Meherversorgung infolge des Verfallens von Bezugskarten. Ein bedeutender Mangel an Roggenmehl ergab sich in den Bezirken Pilgrams, Podiebrad, Prag-Land, Kladno und Seltshan; ein vorübergehender Mangel im Bezirk Klattau; im Bezirk Tabor waren die Zuteilungen unregelmässig und unzureichend. Ein vorübergehender Mangel an Weizenmehl trat im Bezirk Pilgrams auf. Die Landwirtschaftliche Genossenschaft in Klattau honorierte die Bezugscheine mit 50 v.H., im

Bezirk Tabor wurden die Karten mit 30 - 50 v.H. honoriert. Bei grobem Weizenmehl war der Mangel dauernd. Im Bezirk Horschowitz wurde bloss 60 v.H., im Bezirk Pisek 50 v.H. derjenigen Menge ausgegeben, auf welche die Bevölkerung Anspruch hat. Ein Mangel an Gerstenmehl trat ungefähr in $\frac{1}{4}$ der Bezirke auf. Laut Meldung der Bezirksbehörde in Pisek sind die Getreidevorräte in den Mühlen erschöpft, und die Vorräte der Bäcker reichen kaum für eine Woche aus. Im Bezirk Starckenbach musste im Einvernehmen mit der Privilegierten Getreidegesellschaft das Mehl in den nächstliegenden Mühlen beschlagnahmt werden. Im Bezirk Strakonitz musste die P G G die eisernen Vorräte an Brotmehl freigeben, damit die Bäcker die Bevölkerung mit Brot versehen können.

Die Ursache der hauptsächlichsten Mängel ist in den Praxis der P G G gelegen, derzufolge die Bezugskarten der Grosshändler nicht so honoriert werden, dass ein bestimmter Vorrat aufrechterhalten wird.

Ein vollkommener Mangel an Graupen zeigte sich in den Bezirken Nachod, Neupaka, Pardubitz, Podiebrad, Jitschin, Raudnitz an der Elbe und Wittingau. Im Bezirk Königgrätz wurden sie durch Gerstenmehl ersetzt.

Im Bezirk Pardubitz erhielten die Grosshändler keine Grieszuteilungen, im Bezirk Melnik wurde dessen Zuteilung nicht freigegeben. Im Bezirk Wittingau wurde bloss 50 v.H., im Bezirk Chotieborsch 33 v.H. derjenigen Menge ausgefolgt, auf welche die Bevölkerung Anspruch hatte.

Reis kam nicht in den Handel, da die P G G den Grossverteilungsstellen seine Ausgabe verbot. Hülsenfrüchte wurden ungefähr in $\frac{1}{2}$ der Bezirke nicht zuteilt.

Die Schneeverwehungen verursachten bedeutende Störungen in der Milchversorgung. Die Lage besserte sich nach dem 7. Januar, wo die Mehrzahl der Misstände beseitigt wurde. Es wird Klage darüber geführt, dass die in den Molkereien behandelte Milch von schlechter Qualität sei, und gerönne, auch wenn sie im Kühlen aufbewahrt werde. Bad Bielohrad erhielt 5 Tage hindurch aus der Molkerei geronnene Milch. Dieser Misstand ist durch Mangel an Futtermitteln zu erklären.

In einer Reihe von Bezirken wurde bloss 80 v.H.- 50 v.H. Butter ausgegeben. Kleinere Zuteilungen erhalten insbesondere die Landgemeinden. Trotzdem im XVIII. Versorgungszeitraum die Butterrationen für den normalen Verbraucher auf 70 g herabgesetzt wurden, äussert die Bezirksbehörde in Seml die Befürchtung, dass nicht einmal diese Lieferungen in Hinkunft gedeckt werden können.

Ein Rindfleischmangel machte sich in der vierten Woche des XVIII. Versorgungszeitraums in Kuttenberg bemerkbar, wo der Bedarf nur zu 33 v.H. gedeckt wurde, und in Kolin, wo bloss 70 v.H. ausgegeben wurde.

An Kalbfleisch wurde im gleichen Zeitraum in Kuttenberg nur 33 v.H., in Kolin 22 v.H. der vorgeschriebenen Menge ausgegeben.

Im XVIII. Versorgungszeitraum wurde die Zuteilung von Schweinefleisch von 30 v.H. auf 20 v.H. des Gesamterfordernisses herabgesetzt. In Pisek wurden jedoch die Schlachtscheine nur zu 20 v.H. verwendet, und in der grossen Mehrzahl der Bezirke herrscht vollkommener Mangel an Schweinefleisch.

Weiters ist ein Mangel an Gemüse festzustellen, insbesondere an Zwiebeln, Knoblauch, Möhren und Petersilie. Einen

vollkommenen Mangel an allen Arten melden die Bezirksbehörden Ledetsch an der Sasau und Pschestitz.

Die Obstzuteilungen wurden in Königgrätz zu 60 - 70 v.H., in Starckenbach zu 50 v.H., in Neupaka zu 20 v.H. und in Raudnitz a.d.E. zu 10 v.H. gedeckt. Der Mangel an Gewürzen, insbesondere Pfeffer, Zimt, Kümmel, Fenchel, Neugewürz und Majoran dauert an.

Der Grosshandel honoriert Bezugscheine für Tee überhaupt nicht mehr und dieser wird gegen Karten nur von jenen Händlern verkauft, welche geringere Vorräte haben.

Die Versorgung mit Kaffeersatzmitteln ist stetig. Ein Mangel an Kornkaffee herrschte im Bezirk Ledetsch a.d.S. Im Bezirk Neupaka wurde 20 v.H., im Bezirk Tabor 50 v.H. der vorgeschriebenen Menge ausgegeben.

Im Januar machte sich ein grösserer Kohlenmangel bemerkbar.

Bei der Bezirksbehörde in Pilsen langten täglich bis zu 300 begründete Anträge um Erhöhung der Zuteilung ein. Im Bezirk Mühlhausen wurde die Kohlenausgabe auf 50 kg pro Verbraucher beschränkt. In Prag ist infolge des Ausgleichs der Kunden bei den einzelnen Händlern eine ganze Reihe von Verbrauchern seit der neuen Festsetzung der Lieferanten ohne Zuteilung.

Beträchtliche Misstände entstehen durch die verspäteten Kohlenlieferungen an die Händler. So erhielt die landwirtschaftliche Genossenschaft in Wolschan bis 15. Januar für Dezember 1940 150 q anstatt 19.000 q. Die Landwirtschaftliche Genossen-

schaft in Wesseli an der Lainsitz und in Kardasch - Retschitz erhielten keine Kohle seit Ende November. Im Neu - Bischower und Hohenmauther Gebiet sind die Bestellungen einiger Händler nicht einmal vom Oktober 1940 erledigt. Für das Gebiet der Bezirksbehörde Strakonitz wurden für das II. Halbjahr 21 1/2 v.H. der Bestellungen nicht erledigt. Der Bezirksbehörde in Jitschin wurde 1/3 des monatlichen Kontingents geliefert, in Wittingau erhielten nur 2 Händler grössere Lieferungen, den Uebrigen wurde fast überhaupt nichts geliefert. Die kleineren Kohlenverteiler, insbesondere die Raiffeisenkassen, werden bei der Erledigung der Bestellungen übergangen.

Auch im Raudnitzer Gebiet droht eine Kohlenkatastrophe, bisher wurde durch Kraftwagen 80 v.H. eingeführt, gegenwärtig stockt jedoch die Zufuhr infolge Herabsetzung der Benzin - und Gummireifenzuteilung für Lastkraftwagen. Die im Januar bestellte Kohle kann per Bahn erst in 2 - 3 Monaten eintreffen.

In den Bezirken Henschau, Semil, Strakonitz, Chotieborsh und Leitomschl sind einige Schulen ohne Kohle. Insbesondere erhalten sie für Zentralheizung keine braune sortierte Nuss II. Ungenügend sind die Gasanstalten in Pilsen und Jungbunzlau versorgt. Die Städtische Krankenhaus und Bad in Pilsen haben Kohle nur für 1 Woche. Die Molkereigenossenschaft Podiebrad war im Januar ohne Industriekohle, und es musste ihr Hausbrandkohle zur Verfügung gestellt werden. Im Bezirk Semil war der Betrieb der technischen Unternehmungen F. Schmitt in Řeky und A. Gerl in Kaje an der Iser bedroht. Der Mangel wurde aus den Vorräten anderer Industrieunternehmungen gedeckt. Wegen Kohlenmangels wurde die Lieferung von elektrischem Strom im Bezirk Nachod

75

herabgesetzt.

Der durch das niedrige Kontigent /8 v.H./ hervorgerufene Petroleummangel dauert an.

Der Mangel an Arbeitsschuhen wurde dadurch gemildert, dass das Handelsministerium anfangs Januar der Zentrale der Arbeiterverbände 60.000 Bezugsanweisungen für Arbeitsschuhe mit der Bestimmung für Industriebetriebe zuweis, welche mehr als 20 Personen beschäftigen. Laut Bericht der Bezirksbehörde in Pibras verfallen die Bezugsanweisungen infolge Mangels an Waren. Besonders schwierig ist die Lage bei der Versorgung mit Gummischuhen.

Die Lederlieferungen decken 1/4 des Bedarfes. Einige Bezirke wollen die zugeteilten Unterteilabfälle nicht als Ware übernehmen, die für die als Handarbeit zu erfolgende Schuhreparatur verwendbar wären.

Der Mangel an warmen Stoffen, an Stoffen für Arbeitskleider und an warmer Wäsche dauert an.

Durch das Verbot der Ausgabe von Schecks für die üblichen Ausmasse der Gummireifen für Lastkraftwagen ist der Betrieb dieser Fahrzeuge bedroht, und es ist zu befürchten, dass die Kraftwagen mit einer grossen Tragfähigkeit sehr bald aus dem Betrieb ausgeschieden werden müssen. Durch die Scheckzuteilung für Mäntel wurde bei Lastkraftwagen nicht ganz die Hälfte, bei Schläuchen etwas über die Hälfte der gestellten Anforderungen gedeckt. Bei Personenwagen wurden die Anforderungen für Mäntel zu 20 v.H. für Schläuche zu 14 v.H. gedeckt. Die Bezirksbehörde in Ledetsch a.d.S. hatte keine Zuteilungen von Anweisungen für Fahrradmäntel.

Bei Metallwaren herrscht ein Mangel an Spezialstahlwerkzeugen, Nägeln, Schrauben, Hufnägeln, Griffen, Schmiede- und Stangeneisen, Walzeisen für landwirtschaftliche Maschinen, Emailgeschirr und Küchenmaschinen.

Der Mangel an Batterien für Taschenlampen ist allgemein.

Beschäftigungsgrad.

Im Januar hat sich der Beschäftigungsgrad der Hilfsarbeiterschaft, der Maurer und Ziegeleiarbeiter, etwas verschlechtert, da auf den Strassen, Bauten, in den Steinbrüchen und Wäldern sämtliche Arbeiten eingestellt werden mussten. Die entlassenen Personen wurden bei der Schneeräumung beschäftigt.

Die Lage der Textilindustrie hat sich verschlechtert und eine Reihe von Fabriken arbeitet in beschränktem Umfang. Laut Meldung der Bezirksbehörde in Starckenbach sind in den Spinnereien Baumwollvorräte höchstens bis März oder April vorhanden. Flachgarn ist noch genügend vorhanden, ebenso roher, bisher unverarbeiteter Stengrflachs, sodass die Flachsspinnereien nicht direkt bedroht sind. Da jedoch auch mit dem Flachs sparsam umgegangen werden muss, sind auch die flachsverarbeitenden Spinnereien gezwungen, ihre Erzeugung einzuschränken.

Die Firma Eduard Doctor, Nachoder Maschinenweberei und Appretur in Nachod, hat liquidiert. Bis Ende März werden die Firmen Jonas Lewiths, Nachfolger Pick und Lewith, und die Firma Goldschmidt in Nachod liquidieren; in Gross-Porschitz liquidiert die 328 Arbeiter beschäftigende Firma Pick. Wegen Rohstoffmangels wird spätestens bis Ende Februar die 39 Arbeiter beschäftigende mechanische Weberei Karl Reich, Böhmischeskalitz, gezwungen sein, die Erzeugung einzustellen.

17

Auf dem Gebiet der Metallindustrie machte sich ein
teilweiser Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar.



82501

18

SD-Leitabschnitt Prag

Prag, den 5. März 1941.

H

Prag, den 5. März 1941.

St. S. EF-10

Täg. Nr.:
 Eing.: 11. MRZ. 1941
 in Büchlein und Mappen
 des Leitabschnitts
 SD-Leitabschnitts

Operativführer Dr. Gies

nach Kenntnisnahme zurückgeschickt.

11.3.41


 G.R. mit 2 Anlagen
 dem SD-Leitabschnitt Prag,
 P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis und Auswertung übersandt.



Heil Hitler !

gez. Gies,

W-Obersturmbannführer.

62300



00120

Edith Wiese-Heick
Prag II.,
Klemensgasse 15.

Prag, den 21. Dezember 1940.

20

Herrn

Oberregierungsrat Dr. G i e s s

Czernin Palais.

Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat!

Ich erlaube mir, Ihnen einen Bericht über die Sa-
che Wanka zu geben.

Vorgestern, am 19.12.40 wurde ich zu Herrn Staats-
anwalt Dr. Oehmke, gleichzeitig mit Herrn Wanka, bestellt.

Gleich nach den ersten Fragen musste Herr Wanka zu-
geben, dass meine Meldung bezüglich der tschechischen Emigran-
ten, die er als Hausmeister bei sich beschäftige, stimme. Er
sagte wörtlich: „Ich habe während der Aera Beneš dem Staate als
loyaler und treuer Bürger dieses Staates gedient. Als ich einen
Hausmeister suchte, wandte ich mich damals an die tschechische
Polizei, die mir empfahl, tschechische Emigranten zu nehmen,
die bei Nacht und Nebel beim Einrücken der deutschen Truppen
aus dem Sudetenland flohen, um sich vor der Wut und den Prüge-
leien der Sudetendeutschen, die sich dann als Herren fühlten,
zu schützen. Ich hielt es für meine menschliche Pflicht, diesen
Unglücklichen zu helfen und habe sie auch heute noch als Haus-
meister bei mir eingestellt.“ Auf die Frage des Herrn Dr. Oehmke,
ob er denn kein Deutscher sei, musste er zugeben, dass er Tsche-
che gewesen und erst seit 1939 Deutscher sei.

Cl. G. EF-5

Herr Dr. Oehmke wurde dann erst sehr scharf gegen ihn, um dann aber, da er wohl die Weisung hatte, Herrn Wanka zu schonen, die Sache dahin abzubiegen, dass er sagte, Herr Wanka sei eben als Künstler ein unpolitischer Mensch und erteilte ihm eine politische „Belehrung“, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, Herr Wanka werde in Zukunft als Deutscher fühlen.

Auf meine Meldung, dass Herr Wanka zu meinem Mann und mir äusserte: er stehe mit einem Fuss im Zuchthaus, es schwebte ein Verfahren wegen Homosexualität gegen ihn, sagte Herr Wanka, er habe geäussert: ich möge doch seine homosexuelle Veranlagung und Vergangenheit verschweigen, heutzutage sei man ja schon mit einem Fuss im Zuchthaus auf die blosse Tatsache hin, dass man homosexuell sei! - Da anscheinend kein Verfahren zu dieser Zeit gegen Herrn Wanka geschwebt hat, mein Mann und ich uns aber ganz genau seiner Aeusserung in dem von uns geschilderten Sinne besinnen /er kopierte damals noch die preussische Redeweise eines Staatsanwaltes/ besteht die Möglichkeit, dass Herr Wanka, um mein Mitleid zu erregen und meine Fürsprache beim Theater zu erreichen, sich als ein Opfer der deutschen Justiz hinzustellen suchte.

Herr Staatsanwalt Dr. Oehmke zog sich dann zu einer Beratung mit Herrn Regierungsrat Dr. Danzmann und Herrn Generalintendanten Walleck zurück, nach deren Verlauf er mir folgenden „Vergleich“ aufzwingen zu müssen glaubte : „Frau Wiese erklärt, dass sie die Beleidigungen gegen Herrn Wanka bedauert, Herr Wanka bedauert, den Ausdruck „Denunziant“ gebraucht zu haben.“

Auf mein empörtes Verneinen mit der Begründung, dass ja kein Anlass zu einem „Vergleich“ vorläge, da ich eine offizielle Meldung an meine vorgesetzte Behörde gemacht habe, zu der ich mich als Deutsche verpflichtet fühlte, also nur von Tatsachen und nicht von Beleidigungen meinerseits die Rede sein könne,

schlug der Herr Staatsanwalt vor, den Ausdruck „Missverständnisse“ zu wählen. Auch das lehnte ich ab, akzeptierte dann nur folgende Fassung: „Herr Wanka erklärt, Aeusserungen getan zu haben, die zu Missverständnissen führen konnten, Herr Wanka bedauert, den Ausdruck „Denunziant“ in diesem Zusammenhange gebraucht zu haben, Beide Parteien erklären, dass sie jede Aggression, die Zerstörung des Arbeitsfriedens führen könnte, unterlassen werden.“

/Eine Abschrift dieses Vergleichs werde ich Ihnen, sobald ich ihn in Händen habe, zusenden./

Ich habe das unterschrieben, weil die Sache damit offiziell erledigt ist und der Schlag, der gegen mich geführt werden sollte, damit missglückt ist.

Feststellen muss ich aber, dass von Seiten des Generalintendanten alles getan wurde, um mich zu stürzen und ferner alles getan wurde, um Herrn Wanka zu schonen.

Herr Wanka, der in Hamburg ein sechstklassiger Chargenspieler war, bezieht hier ein Winkommen von pro Abend und Auftreten K 500.-, während gute volksdeutsche Kollegen, die sich hier in Prag für die deutsche Sache in der Beneš-Aera die Köpfe blutig schlagen liessen, /z.B. Herr Hubert Dole/ wegen angeblicher künstlerischer Unzulänglichkeit gekündigt wurden, wobei ein Monatseinkommen von K 1.250.- für einen Mann mit Frau und Kind noch als zu hoch angesehen wurde !

Heil Hitler !

St. G. VF-5

Prag, den 14. Jänner 1941.

1. V e r m e r k .

Die einschlägigen Vorgänge befinden sich bei 4-Obersturbannführer Böhme. Obersturbannführer Böhme wurde gebeten, in der Angelegenheit die Gessuchstellerin an Amtsstelle vorladen zu lassen, um festzustellen, ob die gegen den Schauspieler Wanka vorgebrachten Beschwerden zu Recht bestehen.

2. Wv. am 14. ^{4.} 9. 1941 bei dem Unterzeichner (Anfrage nach dem Stand der Angelegenheit).

*am 17.3.1941 angelegt.
/ 15.4. vorgef. ^{zeitliche}
film.*

A ———

^{4.}
1) Bemerk: da der bestimmte Befehl.
gung des einmütigen Angelegen.
keid besteht kein Interesse. Pater
s/o. a. d.

1 9/5.47



02184

DER REICHSPROTEKTOR
IN BÖHMEN UND MÄHREN

25

Prag, den 30. August 1940.

Der Kabinettschef.

zu Nr. Rpr. 1392 / 40.

Auf die Anfrage wegen Übermittlung der Berichte des Aufklärungsausschusses an den Herrn Staatssekretär teile ich ergebenst mit, dass der Herr Reichsprotektor sich gern bereit erklärt hat, Berichte, die den Herrn Staatssekretär interessieren dürften, an ihn weiterzuleiten.

16/9

Voracek

Herrn

Oberregierungsrat Gies

im Hause

*V43.
D. d. A. für
8/11.*

St. S. VF-3

25a

47 - 16. IX. 1940

Prag, den 16. September 1940.

SD-Teilabschnitt Prag		Anl.
43591	16. SEP. 1940	
bearbeitet:	Aktenzeichen:	
L	[Handwritten]	

G.R.

47-Obersturmbannführer Böhme,
Prag,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der umstehenden
Zuschrift dem Ihnen bereits zugeleiteten einschlä-
gigen Vorgang nachgesandt.

Bislang sind mir noch keine Berichte, "die den
Herrn Staatssekretär interessieren dürften", über-
mittelt worden.

47-Oberstuf. Ghal

Heil Hitler!

*Ff empfehle unmittelbar
Auftrag zum Überprüfen,
möglichst beim Aufklärung,
rückfällig.*

[Signature]
47-Obersturmbannführer.

17/9

R 9/9

65193



zu Rpr 1392/40

26

Prag, den 23. September 1940.

BÜRO D. REICHSPROT.
den 24. IX 1940
Ant.

K.H.

Herrn Minister Völckers

zugeleitet.

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs bitte ich um die Aufgabe der Anschrift des sogenannten Aufklärungsausschusses (vgl. die dort. Zuschrift vom 30.8.1940 - Zeichen Nr. Rpr 1392/40).

Aufklärungsausschuss
Hamburg
Hamburg II,
Börsegebäude.

62125

[Signature]

Oberregierungsrat.

Ermit für O.P.P. Gies
Justizamt.

25-9

[Signature]

Prag, den 23. September 1940.

K.H.

Herrn Minister Völckers

zugeleitet.

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs bitte ich um die Aufgabe der Anschrift des sogenannten Aufklärungsausschusses (vgl. die dort. Zuschrift vom 30.8.1940 - Zeichen Nr. Rpr 1392/40).

10170

h.

Oberregierungsrat.

12. vorleg. 30.9. flm / am 30.9. n. vorgeh. flm

28

26. November 1940.

Übermittlung von Berichten des Aufklärungsausschusses.

ohne.

26. XI. 1940

An den
Herrn Vorsitzenden
des Aufklärungsausschusses Hamburg,
H a m b u r g 11,
=====
Börsengebäude.

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs bitte ich
um eine baldgefällige Mitteilung, ob und gegebe-
nenfalls unter welchen Voraussetzungen eine lau-
fende Übermittlung von Berichten des Aufklärungs-
ausschusses möglich ist.

02130

H e i l H i t l e r !

h.

Oberregierungsrat.

2.) Wvl. am 27.12.1940 bei dem Unterzeichner.

St. G. V f 3

Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen

(Beauftr. Dienststelle verschied. Reichsministerien)
Hauptgeschäftsstelle Hamburg

Bankkonto: Deutsche Bank Filiale Hamburg
Postscheckkonto: Hamburg Nummer 443 25

Betr. _____

29 29
30. November 1940.

Hamburg 11, den
Börsegebäude, III. Stock
Fernruf: Sammelnummer 36 05 31

Dr. Joh/La.

An den
Persönlichen Referenten des
Staatssekretärs beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren / 13/12.40.
Kopy!

P r a g

Einschreiben!

Auf das Schreiben vom 26. November 1940 teilen wir mit, dass wir gern bereit sind, dem Herrn Staatssekretär beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren unseren vertraulichen Auslandsberichtsdienszt zur Verfügung zu stellen. Die Bezugsgebühr beträgt (wie sie in dieser Höhe von allen Dienststellen gezahlt wird, die die Berichte erhalten) RM 25.-- monatlich.

Der Bezug der Berichte ist auf Grund eines ministeriellen Erlasses an nachstehende Bedingungen geknüpft:

- 1.) Die Berichte sollen nicht auf die Dauer aufbewahrt, sondern nach Kenntnisnahme von Zeit zu Zeit vernichtet werden. Solange sie aufbewahrt werden, müssen sie wie Geheimsachen behandelt werden. Die Berichte gelten jedoch an sich nicht als "geheim", sondern als "vertraulich", sofern sie nicht den Stempel "Geheim" tragen.
- 2.) Von den Berichten sollen keine Abschriften gemacht werden. Auch in dienstlichen Schriftstücken dürfen die Berichte nicht zitiert werden.

Einige Berichte der letzten Tage sowie eine Rechnung für den Monat Dezember fügen wir diesem Schreiben bei.

Da die Berichte nur unter persönlicher Anschrift verschickt werden dürfen, bitten wir um die Freundlichkeit, uns den Namen des Herrn Persönlichen Referenten in Schreibmaschinenschrift aufzugeben, damit wir ihn richtig lesen können. Die Berichte werden künftig unter der Anschrift des Herrn Persönlichen Referenten zur Post gegeben werden.

Diese Sendung geht unter Einschreiben ab. Die nächsten Sendungen werden mit gewöhnlicher Post erfolgen. Es wird gebeten, den Empfang dieser Sendung sowie der ersten mit gewöhnlicher Post erfolgenden Sendung zu bestätigen. Später erübrigt sich eine Empfangsbestätigung. Auf der Empfängerliste erhalten Sie die Nummer 468.

Heil Hitler!

Der Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen

J. J. J.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Im Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen vertretene Organisationen:

Reichswirtschaftskammer und sämtliche Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern Hamburg u. Bremen, Reichsgruppe Industrie und Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft.

**Aufklärungs-Ausschuß
Hamburg-Bremen**

(Beauftr. Dienststelle verschied. Reichsministerien)
Hauptgeschäftsstelle Hamburg

Bankkonto: Deutsche Bank Filiale Hamburg
Postscheckkonto: Hamburg Nummer 443 25

/Pr.

Betr.:

30

Hamburg 11, den 2. Dezember 1940.
Börsengebäude, III. Stock
Fernruf: Sammelnummer 36 05 31

R E C H N U N G

An den Persönlichen Referenten des Staatssekretärs beim
Reichsprotector in Böhmen und Mähren, P r a g .

Bezugsgebühr für den „Vertraulichen Auslandsberichtsdienst“
des Aufklärungs-Ausschusses Hamburg-Bremen für

~~Quartals~~ Monate Dezember 1940..... RM 25.--

Wir bitten, den vorstehenden Betrag auf unser Postscheckkonto:
Hamburg Nummer 443 25

überweisen und auf dem Postscheckabschnitt den Vermerk „VD“
anbringen zu wollen.

Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen

i. A. Preis

G

31

6. Januar 1941.

St.S. V F 3.

Übermittlung von Berichten des Aufklärungs-Ausschusses.

Dort.Schreiben vom 30.11.1940 - Zeichen Dr.Joh/La.

1. / 1941
6. / An Herrn
Dr. Johannsen,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Aufklärungs-Ausschusses Hamburg-Bremen,
Hamburg 11,
Börsengebäude, III.Stock.

Von dem Inhalt des angeführten Schreibens habe ich Kenntnis genommen. Gleichzeitig bestätige ich den Empfang der beiden ersten Sendungen. Die Bezugsgebühr für die Monate Dezember 1940 und Januar 1941 im Gesamtbetrag von 50,-- RM ist zur Zahlung angewiesen. Ich bitte, die weiteren Sendungen an meine Anschrift: Oberregierungsrat Dr. Gies, Prag IV, Czerninpalais, zu richten.

H e i l H i t l e r !

Lo.

Oberregierungsrat.

33



02180

St. G. V F-1



DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG

G.Z.861/40.

Prag, am 6. Dezember 1940.

Herrn

Staatssekretär, SS-Gruppen-
führer Karl Hermann Frank,

Prag IV., Czerninpalais.

34

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

In der Anlage gestatte ich mir, Ihnen
den Monatsbericht für die Zeit vom 30./10. bis 5./12.d.J.
mit der Bitte zu übermitteln, ihm Ihre Aufmerksamkeit
zu widmen und mir gegebenenfalls mitteilen zu wollen,
ob Sie irgendwelche Einwendungen haben.

Heil Hitler !

L. Pfitzner
19/10

L. Pfitzner
Prof. Pfitzner/

1 Bericht.

VF-i

Frag, am 3. Dezember 1940.



DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG.

Tätigkeitsbericht des Primator-Stellvertreters Prof. Dr. Josef
Pfitzner für die Zeit vom 30./10. bis 5./12.1940.

Die Vorarbeiten für die Fertigstellung des nächstjährigen Haushaltsplanes sind nunmehr von seiten der Stadt so gut wie abgeschlossen. In enger Zusammenarbeit mit dem Finanzreferenten Dr. Lang habe ich jeden einzelnen Posten überprüft und alle überflüssigen Ausgabeposten beseitigt. Es war für uns selbstverständlich, dass im neuen Jahr für tschechische Schulbauten und für die Errichtung neuer tschechischer Kindergärten keine Mittel mehr eingesetzt werden. Dafür sind die deutschen Wünsche, vor allem die der NSV und der HJ weitestgehend berücksichtigt worden. Für neue Bauvorhaben u. zw. Kindergärten und ein grosses Lehrlingsheim sind entsprechende Mittel eingesetzt worden. Allerdings besteht noch eine sehr wesentliche Unklarheit. Sie betrifft die Höhe der vom Staate zu erwartenden Zuschüsse, die wir in einer Denkschrift vom September d. J. dringend gefordert hatten. In der Zwischenzeit verhandelte Dr. Lang über diesen Punkt sowohl mit Herrn Oberregierungsrat Urbanus, sowie mit Dr. Hermann bei Ministerialrat Gase darüber, dass von seiten des Herrn Reichsprotectors ein bestimmter Druck auf das Finanzministerium ausgeübt werde. Wohl erhielt er die Auskunft, dass derlei geschehen sei und dass die Erfüllung unserer Forderungen so gut wie sicher wäre. Leider liegt bis heute keine schriftliche Zusage des Finanzministeriums vor, ohne die es uns schwer fällt, mit den in Aussicht gestellten Summen als sicheren Posten zu rechnen. Andererseits ist es die höchste Zeit, den

Voranschlag unter Dach und Fach zu bringen, zumal er überdies 14 Tage öffentlich ausgelegt werden muss und die Drucklegung einige Zeit in Anspruch nimmt. Ich wäre daher zu warmem Dank verbunden, wenn das Protektorats-Finanzministerium zu einer eindeutigen Stellungnahme veranlasst werden könnte.

Erfreulicherweise reift die Frage der Finanzierung des zivilen Luftschutzes nunmehr einer Lösung entgegen. Es wurde uns soeben vom Prager Polizei-Präsidenten mitgeteilt, dass wir einen Vorschuss auf die uns endgültig zuzusprechende Summe von seiten der Regierung verlangen können. Wir haben daraufhin 18,000.000.- K genannt.

Eine erfreuliche Klarstellung über viele Fragen der Stadtplanung brachte eine Unterredung mit Landesrat Niemeyer am 4./12.. Das Memorandum, das er über die Wasserversorgung Berlins und Prags Generalbauinspektor Späer vorgelegt hat, ist so gehalten, dass wir für unsere Prager Wasserwünsche noch weitgehend berücksichtigt werden. Ich glaube nicht, dass Berlin im letzten auf die Versorgung mit Gebirgstrinkwasser aus dem böhmischen Kreidegebiet im Hinblick auf die technischen Schwierigkeiten und die grosse Entfernung fallzu grosses Gewicht legen wird, sodass unser längst durchgearbeitetes Iserprojekt unschwer verwirklicht werden dürfte. Indessen erwartet Landesrat Niemeyer noch entsprechende Gutachten der zuständigen Fachleute und bestimmte Entscheidungen der Berliner Stellen. Ueber das eine habe ich indessen niemals einen Zweifel gelassen: dass die Trinkwasserversorgung Prags entscheidend verbessert werden muss, da es unmöglich ist, ganze grosse Stadtviertel u.zw. vorfallen die deutschbestimmten wie Holleschowitz, Bubentsch und Dewitz weiterhin mit filtriertem Moldauwasser zu versorgen, das vor allem in der Sommerszeit fast ungeniessbar ist. Es würde niemand einsehen, dass Prag ohne brauchbares Trinkwasser bleibt, obwohl es

in verhältnismässiger Nähe zu haben ist, dafür aber dieses böhmische Wasser in weite Fernen geleitet würde. Die Einrichtung unseres Wasserwerkes in Karan spricht eindeutig dafür, dass wir seit langem am Isergebiete teilhaben und dass wir für jene Wasservorräte als unmittelbare Nachbarn gelten dürfen.

In der Frage des Prager Verkehrsproblems versicherte mir Landesrat Niemeyer, dass in seinem Amte soeben an der endgültigen Trassierung der Durchzugsverkehrslinien gearbeitet wird und dass bei dieser Gelegenheit das seinerzeit von uns als vordringlich bezeichnete Verkehrsproblem ^{Inner-Prag} mit gelöst werden würde.

Ueber die Erprobung bestimmter Versuchswagen für die künftige Schnellbahn versicherte mir Niemeyer, dass derzeit lediglich Pläne gezeichnet würden, die dann noch Gegenstand eingehender Besprechungen sein werden. Besonderen Wert legte ich bei dieser Unterredung auf die Feststellung, dass für eine entsprechend rasche Erledigung der laufenden Baugesuche erreicht werden müsste, dass unser städtisches Bauamt wieder in jene Rechte eingesetzt werde, die ihm als Baubehörde erster Instanz gebühren, d.h. dass es unmittelbar den Verkehr mit den Parteien erledigt und seinerseits von der Planungskommission die entsprechenden allgemeinen und besonderen Direktiven bekommt. Derzeit hat sich der, wie wir glauben, unhaltbare Zustand herausgebildet, dass Bauherren und Baumeister unmittelbar mit der Planungskommission in Verhandlungen eintreten, sodass sich dort ein grosser Parteienzulauf ergibt, während unser Bauamt ohne Arbeit dasteht. Niemeyer pflichtete mir durchaus bei und erklärte, dass er den Parteienverkehr längst als einen Uebelstand empfunden habe. Er versprach, mir tunlichst umgehend einen Entwurf allgemeiner Richtlinien zuzumitteln, an die sich unser Bauamt bei der Erteilung der Baugenehmigungen zu halten hätte.

Auch in einem zweiten Punkte stimmten unsere Meinungen durchaus überein u.zw. in der Gestaltung des gesamten Reklamewesens im äusseren Stadtbild. Wir haben vor einiger Zeit den Entwurf einer Regierungsverordnung über die Regelung des Reklamewesens in der Hauptstadt Prag ausgearbeitet und an die Regierung mit dem Ersuchen um beschleunigte Beschlussfassung weitergeleitet. Der Grund hiezu lag darin, dass uns bisher für die Einhaltung bestimmter Vorschriften auf diesem Gebiete keine zureichenden Sanktionsmittel zur Verfügung standen. Ich habe Landesrat Niemeyer ebenso wie Herrn Ministerialrat Fischer auf kurzem Wege eine Abschrift dieses Entwurfes mit der Bitte zugemittelt, uns in unseren Bestrebungen tunlichst zu unterstützen. Auch hier schwebt mir, genau so wie bei der Erledigung der allgemeinen Bauangelegenheiten als Ziel vor, dass die Planungskommission einen Exponenten für das Reklamewesen nennt, mit dem unsere Reklameabteilung sich unmittelbar verständigen könnte. Die Durchführung der Reklameverordnung müsste indessen bei der Stadt verankert bleiben. Niemeyer stimmte auch hier grundsätzlich zu. Des weiteren teilte ich ihm mit, dass wir die Absicht hegen, im Zuge der Arisierung jüdischen Grundbesitzes im Hinblick auf die auch die Stadt Prag nach dem Kriege erwartenden Wohnwohnungsbauaufgaben bestimmte Grundbesitzflächen zu erwerben. Wir hoffen, auf diesem Wege zu wesentlich billigeren Preisen Wohnbauflächen für die Allgemeinheit sicherstellen zu können. Der Wohnungsbaureferent Doz. Wunderlich hat bereits in einer Karte die Flächen eingetragen, an deren Erwerb der Stadt manches gelegen wäre.

Im Anschluss an eine Beratung über die Verwirklichung der schon seit längerem in Smichow und Dewitz geplanten deutschen Schulbauten, die unter dem Vorsitz Ministerialrat Hansels im Czerninpalais stattfand und an der sich Landesrat Niemeyer wie ich beteiligten, trachteten wir die Frage zu lösen, wohin die

die für Dewitz in Aussicht genommenen Schulgebäude gesetzt werden sollen. Niemeyer hatte die Meinung vertreten, dass das Belvedereplateau für die Erbauung der Handelsakademie in Frage kommen könnte, zumal nunmehr die Hochschulbauten anderwärts untergebracht werden sollen. Ich gab immerhin zu bedenken, dass es sich beim Belvedere um ausserordentlich bevorzugtes Baugelände dreht, das man einstens vielleicht für repräsentativere Bauten noch brauchen wird. Wenn auch der Gedanke der Tschechen, dort eine tschechische Staatsgalerie zu errichten, mit Recht begraben wurde, so erscheint es mir nicht ausgeschlossen, dass an jener wirkungsvollen Stelle einstens deutsche Musealbauten und Galerien entstehen könnten. Niemeyer stimmte mir in der Auffassung durchaus zu, dass wir die Bebauung des Belvedereplateaus in keiner Weise überstürzen sollen. Für die Handelsakademie wird sich im Rahmen der Altstadt zweifellos auch eine Möglichkeit ergeben, z.B. schon im Hinblick auf das unbebaute Moldauufergelände. Wegen der Dewitzer Volks- und Bürgerschule, wie des Kindergartens wollen Niemeyer und ich uns am nächsten Montag bestimmte Gebiete in Dewitz selbst ansehen. Sehr wichtig schien mir, dass Niemeyer einen Gedanken aufgriff, der in unserem Arbeitskreis schon öfter erörtert wurde, nämlich die Frage des Moldauuferausbaus. Niemeyer ist gleich uns der festen Ueberzeugung, dass die Moldauufer bei entsprechend sinnvollem Ausbau das Schmuckkästchen Prags werden können. Wer auch nur einen Augenblick die unmögliche Uferverbauung auf der Kleinseite betrachtet, muss zu dem Ergebnis kommen, dass hier die Tatsache, dass die Moldau, ~~am~~ mitten durch eine Millionenstadt hindurchströmt, von der Fremdenindustrie restlos ausgenützt werden kann. Der Gedanke, Moldauhôtels und Moldaurestaurationen zu schaffen, ist überaus begrüßenswert.

In diesem Zusammenhange kam ich nochmals auf das von der Stadt längst beschlossene und von der HJ bis heute wärmstens

unterstützte Projekt zu sprechen, die Schützeninsel der deutschen Jugend zuzuführen. Ich hatte mir am 17./11. d.J. mit Niemeyer gemeinsam nochmals die Schützeninsel angesehen und das Ergebnis war, dass Niemeyer erklärte, Arch. Brandi möchte mit Zugrundeliegung eines verkleinerten Ausbauprogramms ein Modell herstellen, das für die Endbeurteilung am geeignetsten wäre. Da ich nachher von anderer Seite hörte, Niemeyer habe sich ablehnend gegenüber diesem Projekt geäußert, fragte ich ihn am 4./12. nochmals über diese Unklarheit, worauf er mir neuerdings versicherte, dass er zu jenem Vorschlag vom 17./11. nach wie vor stehe und dass er unser Projekt nicht grundsätzlich ablehne. Arch. Brandi wird sich demnächst mit Niemeyer nochmals in Verbindung setzen, um von diesem einige Winke entgegenzunehmen.

Schliesslich stellte Niemeyer noch in Aussicht, dass Speer unmittelbar nach Neujahr sich die Prager Baufragen an Ort und Stelle ansehen werde.

Der Ausbau der Luftschutzeinrichtungen auf Kosten der Stadt schreitet nunmehr rasch vorwärts. Es sind bereits eine ganze Reihe von brauchbaren Luftschutzunterständen eingerichtet worden. -

Im Bereiche der Kulturarbeit ergaben sich während der Berichtszeit einige Vorfälle, die immerhin zu denken gaben. Ich habe schon in Sonderberichten darauf verwiesen, dass vor allem die Verteilung der acht Kulturpreise der Stadt Prag in diesem Jahre bei Primator Říha deswegen einen gewissen Widerstand auslöste, weil ich im Voraus die Vereinbarung getroffen hatte, dass vier der Preise unbedingt deutschen Bewerbern vorbehalten bleiben müssen. Da die deutschen Einsendungen ein einständiges Niveau aufwiesen, fiel es den deutschen Preisrichtern auch nicht schwer, diesen Verhältnissatz einzuhalten. Der Primator glaubte indessen darauf

hinweisen zu müssen, dass durch die Halbierung der Preise in keiner Weise dem Anteil der Deutschen in Prag Rechnung getragen werde. Mit anderen Worten, dass die Tschechen benachteiligt worden seien. Ich habe Říha daraufhin schriftlich mit aller Eindeutigkeit darauf verwiesen, dass die Zeit der demokratisch-liberalen Zählmethoden endgültig vorüber sei und dass das Preisausschreiben nicht nur allen Tschechen, sondern ebenso allen Deutschen offen-
gestanden habe, sodass sich bei der Anwendung seiner Zählweise das Verhältnis von 90 Millionen Deutschen zu $7 \frac{1}{2}$ Millionen Tschechen ergeben würde. Die Kulturpreise sind inzwischen verteilt und veröffentlicht worden. Deutsche Kulturpreisträger waren Dr. Erich Bachmann, Dr. Franz Hauptmann, Prof. Franz Langer und Dr. Rudolf Slawitschek. Damit ist auch in diesem Frontstück Neues gesetzt worden.

Einen Versuch, das Weinberger städtische Theater zu einer national-tschechischen Huldigung für die Hauptstadt Prag im Rahmen einer Benefizvorstellung der dortigen Schauspieler zu missbrauchen, vermochte ich noch rechtzeitig zu unterbinden. Es drehte sich dabei um nichts anderes, als auf Grund eines vor kurzerzeit erschienenen tschechisch-chauvinistischen Buches dem tschechischen Prag eine Apotheose zu bereiten.

Schliesslich sind die Verhandlungen mit den Tschechen über die Abzweigung einer bestimmten Subventionssumme für das deutsche Theater und das deutsche philharmonische Orchester dahin gediehen, dass sich die Tschechen bereit erklärten, den bis 1944 gültigen Vertrag über das Weinberger städtische Theater im Hinblick auf die von der Stadt zu leistende Subventionssumme schon jetzt zu revidieren und auch die Subventionshöhe für die Tschechische Philharmonie herabzusetzen. Ich hoffe, damit für deutsche kulturelle und künstlerische Zwecke insgesamt

900.000.-- K zu sichern. Wenn diese den deutschen Theatern bezw. dem deutschen philharmonischen Orchester zugeführt werden sollen, dann halte ich es für selbstverständlich, dass die Stadt auch daran bestimmte Bedingungen knüpft, über die mit den zuständigen Reichsstellen noch zu verhandeln sein wird.

Die Arbeiten im Prager städtischen Museum sollen nunmehr durch einen eben gebildeten sechsgliedrigen Beratungsausschuss, in dem sich auch drei deutsche Mitglieder befinden, entsprechend neu belebt werden. Das Endziel bleibt die Gewinnung einer erstklassigen deutschen Museumskraft. Dr. Reinhold vom Amte des Herrn Reichsprotectors hat bereits im Reiche Umschau gehalten.

Das Stadtarchiv, das ^{nach} der Pensionierung Vojtíšeks am 1. Jänner 1941 in die Hand Dozent Schreibers gelegt werden soll, ist soeben dabei, neue Räume zu beziehen und weitere Bestände in seine Vorräte einzugliedern.

Auf sozialem Gebiete ergibt sich für die Deutschen durch die Bereitstellung jüdischer Wohnungen die Möglichkeit, endlich in menschenwürdigere Wohnverhältnisse zu gelangen. Dr. Wuch, den wir für die Durchführung dieser Aktion von der Stadt abgestellt haben, sind soeben eine Reihe weiterer Kräfte beigegeben worden, damit die Arbeiten entsprechend beschleunigt werden. Höchst erfreulich ist, dass zwischen der Stadt Prag und dem Oberlandrat ein Abkommen über die geschlossene Fürsorge in dem Sinne getroffen wurde, dass in Hinkunft Deutsche aus dem Oberlandratsbezirk Prag ohne Rücksicht auf ihre Heimatzuständigkeit in den Reuther Fürsorgeanstalten untergebracht werden können, wofern der Oberlandrat aus den ihm für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mitteln einen entsprechenden Unterhaltsbeitrag leistet.

Da Mitte November auf dem Umwege über die Partei eine Aktion zur Unterbringung von 150 altreichsdeutschen Kindern aus Gebieten, die durch Luftangriffe gefährdet sind, in Angriff genommen wurde, fasste die Stadt Prag den Beschluss, in städtischen Anstalten 300 Plätze für die Unterbringung reichsdeutscher Kinder zur Verfügung zu stellen. Ein Ansuchen an das Hauptamt der NS-Volkswohlfahrt in Berlin, uns Kinder zuzuteilen, ist bisher ohne Antwort geblieben.

In Prag VII. wird soeben ein^{neuer} deutscher Kindergarten eingerichtet.

In der letzten Zeit finden Verhandlungen über die Intensivierung des deutschen Kleingartenwesens in Prag statt.

Ueber die Stärkung des deutschen Einflusses im Verwaltungsausschuss der Prager städtischen Versicherungsanstalt sind bei der zuständigen Stelle des Herrn Reichsprotectors Erfolg versprechende Verhandlungen geführt worden. Von unserer Seite wurde bereits eine Liste neuer Mitglieder ausgearbeitet, die dann zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Schliesslich sei noch angemerkt, dass Dr. Janda und Dr. Wörsch, zwei pensionierte deutsche Beamte der Landesbehörde in Prag, als Regierungskommissäre in Prag I - VII bzw. XIX eingesetzt worden sind. Weitere Ernennungen für Prag XII und XVI sind zu erwarten. Dennoch kann auch hier die Bemerkung nicht unterdrückt werden, dass die Institution der Regierungskommissäre in den einzelnen Ortsteilen Prags eine ziemlich überflüssige Einrichtung darstellt.

44

Prag, am 31. Oktober 1940.

DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG

Herrn

Staatssekretär, SS-Gruppenführer
Karl Hermann Frank,

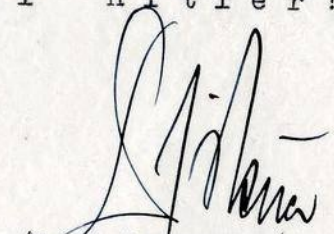
Prag IV., Czerninpalais.

G.Z.861/40.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

In der Anlage gestatte ich mir,
Ihnen den Monatsbericht für die Zeit vom 25./9.
bis 28./10.d.J. mit der Bitte zu übermitteln, ihm
Ihre Aufmerksamkeit zu widmen und mir gegebenenfalls
mitteilen zu wollen, ob Sie irgendwelche Einwendungen
haben.

Heil Hitler !


/Prof. Pfitzner/

1 Beilage.

zu St. G. 171



45

DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG.

Tätigkeitsbericht des Primator-Stellvertreters Prof.Dr.Josef
Pfitzner für die Zeit vom 25./9. bis 28./10.1940.

Wie im letzten Monate, standen auch diesmal die Finanzprobleme der Gemeinde durchaus im Vordergrund der praktischen Arbeit. Zunächst wurde durch das Eintreffen einer viergliedrigen Revisionskommission des Reichsinnenministeriums unter Führung von Dr.Bruno-Wüsterfeld ein entscheidender Anstoss dazu gegeben, dass von Kennern der Reichsverhältnisse ein kritischer Bericht nicht nur über die Finanzlage der Stadt, sondern über die gesamte Verwaltungsorganisation und vor allem über die Personalverhältnisse erstattet wird. Wir deutschen Stadtvertreter haben diesen Schritt ausserordentlich begrüsst, weil uns damit in unserem Bemühen, Klarheit in viele verworrene Verhältnisse zu bringen, erwünschte Hilfe zuteil geworden ist. Die deutschen Referenten der Stadt mit ihren Beamten, wie ich selbst, haben uns der Kommission weitgehend zur Verfügung gestellt, Besichtigungen, Einzel- und Sammelbesprechungen fortlaufend abgehalten, sodass nach meinem Urteil kein Wunsch offen blieb. Wie uns versichert wurde, soll der Bericht etwa bis Ende November fertiggestellt sein, was ich besonders deswegen begrüssen würde, weil damit sein Ergebnis noch für die Aufstellung des neuen Haushaltsplanes ausgewertet werden könnte. Obwohl wir die Vorarbeiten für diesen Voranschlag schon weitgehend abgeschlossen haben, wollen wir doch mit seiner end-

zu G. G. I. f. i.

gültigen Genehmigung solange zuwarten, bis der von Oberregierungs-
rat Urbanus schon für die ^{letzte} nächste Sitzung der Regierungskommis-
sare angekündigte Vortrag über die Finanzprobleme der Gemeinden
und die in Aussicht genommene Aussprache im November durchge-
führt sein wird. Zum andern erheischt freilich die Fertig-
stellung des Haushaltsvoranschlages auch noch die Klärung all
jener Punkte, die ich in meiner Denkschrift vom 21. September
d.J. angeführt habe. Diese Denkschrift habe ich mit dem Primator
dem stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung Krejčí und
Finanzminister Kalfus persönlich überreicht. Der Finanzminister
schien eine gewisse Neigung zu besitzen, in einer Reihe von
Punkten, auch in der Hauszinssteuerfrage, entgegenzukommen.
In Sachen des zivilen Luftschutzes ^{und} der Deckung der ausser-
ordentlichen Ausgaben verwies er auf den Entwurf einer Regierungs-
verordnung, die dem Herrn Reichsprotector zur Genehmigung vor-
liegt. Da indessen von seiner Seite in der Zwischenzeit noch
nichts Konkretes auf jene Forderungen hin unternommen wurde,
halte ich es für angebracht, neuerdings die Notwendigkeit zu
unterstreichen, auf den Finanzminister durch das Amt des Herrn
Reichsprotectors im Sinne beschleunigter Erledigung unserer
Wunschliste einzuwirken. Aus diesem Grunde ist die Denkschrift
auch Herrn Ministerialrat Dr. Gase mit der Bitte um Durcharbeitung
vorgelegt worden. Der städtische Finanzreferent Dr. Lang hat
ihm persönlich die einzelnen Punkte erläutert. Ich möchte
in diesem Zusammenhang nochmals darauf verweisen, dass die
Erledigung dieser ganz konkreten Punkte nicht so lange vertagt
werden darf, bis die allgemeinen Finanzprobleme einer Revision
unterzogen werden, denn es handelt sich bei allem um Verpflich-
tungen des Staates, deren er sich in den letzten Jahren ent-

schlagen hat. Ich erbitte demnach nochmals die beschleunigte Einwirkung auf den Finanzminister.

Im Hinblick auf die schwebenden Planungsfragen, die Präsident Niemeyer angeregt hat, werde ich in den nächsten Tagen eine Sonderdenkschrift vorlegen, in der ich vom Standpunkt der Stadtfinanzen aus zu den Gesamterfordernissen und zu der Möglichkeit Stellung nehme, andere Finanzquellen aufzuzeigen. In einem Sonderpunkte konnte ich indessen Herrn Präsidenten Niemeyer eine verbindliche Zusage machen. Er plant, für den Bau von 3000 Ersatzwohnungen, die für die Demolierung eines grossen Wohnblocks in den Weiberbergen die Voraussetzung bilden, eine Siedlungsgesellschaft zu ^{gründen} bilden, an der die Stadt mit acht Millionen und der Staat mit achtzehn Millionen Kronen beteiligt wäre. Wir kamen dabei dahin überein, dass die in den Verwaltungsausschuss zu entsendenden Vertreter der Stadt Deutsche sein müssten, während die Protektoratsregierung, die die Mehrheit besitzen würde, wohl Tschechen bestellen dürfte. Der deutsche Einfluss liesse sich indessen dadurch sicherstellen, dass ein Beauftragter des Herrn Reichsprotectors sich jeweils an den Sitzungen beteiligt. Zum anderen haben wir auf Empfehlung von Präsidenten Niemeyer die Ausarbeitung des Spezialprojekts für die Nusltalbrücke veranlasst.

Der Berater für Park- und Grünflächengestaltung der Stadt, Herr Arch. Mattern, ist damit beschäftigt, einen Gesamtplan für die Grünflächengestaltung auszuarbeiten. Dabei wird er vor allem auch die neuerdings überaus brennende Friedhofsfrage mitlösen. Bei einer Besichtigungsfahrt des Primators nach Chodow, an der ich mich beteiligte, kam ich zu der Ueberzeugung, dass der dort geplante gewaltige Friedhof nicht nur

wegen des hochanstehenden Grundwassers, sondern auch wegen seiner allzu grossen Ausdehnung ungeeignet erscheint, dass hingegen ein kleinerer Friedhof für die unmittelbar anrainenden Stadtviertel sehr wohl am Platze wäre. Mattern bestärkte mich in der Auffassung, dass angesichts der Bodenzusammensetzung der Prager Umgebung allein ein System von kleineren Friedhöfen, die in der Umgebung Prags angelegt werden müssten, in Frage käme. Er gedenkt sie in den Grüngürtel der Stadt ebenso hineinzukomponieren, wie die Kleingärten, Gärtnereien u.s.w. Er stellte sein Elaborat für den kommenden Feber in Aussicht. Eine vorläufige Berechnung der Kosten durch unser Parkamt, die eine ausgedehnte Grünflächengestaltung in Prag im Sinne Materns bedingen würde, ergab die nicht unerhebliche Summe von 550 Millionen Kronen. Dabei sind allerdings Flächen einbezogen, an deren Bearbeitung wohl erst in sehr später Zeit geschritten werden kann. Arch. Mattern machte die erfreuliche Mitteilung, dass er die endgültige parkmässige Ausstattung der Kampinsel im Projekt fertiggestellt habe und dass ihm an seiner Verwirklichung sehr viel gelegen sei. Ich konnte hier umso eher voll zustimmen, als gerade die Kampafrage die tschechische Fachwelt schon durch viele Jahre beschäftigt und immer wieder zu den hitzigsten Auseinandersetzungen geführt hat. Ich glaube auch, dass es für das deutsche Ansehen gut wäre, wenn bei einem klarumgrenzten Objekt wie der Kampa mit der Neugestaltung des Prager Parkwesens begonnen würde. Der Betrag von 1,500.000 Kronen soll für diesen Zweck im nächstjährigen Haushaltsplan sichergestellt werden. Nicht minder erfreulich ist die weitere Tatsache, dass das Wettbewerbsausschreiben der Stadt für die Erbauung eines HJ-Heimes und der Jugendherberge auf der Schützeninsel ein glänzendes Ergebnis gezeitigt hat. Die Zahl von 25

beteiligten Projektanten ist unter den gegebenen Verhältnissen als hoch zu beziffern, wie auch das durchschnittliche Ergebnis ein sehr gutes genannt werden darf. Neben erfahrenen Architekten aus dem Altreich, haben ortsansässige deutsche Architekten immerhin einen ehrenvollen Platz zu behaupten vermocht. Weit aus der Reihe der übrigen Arbeiten stach das Projekt des Professors der Deutschen technischen Hochschule in Prag, Brandi, hervor, dem daher auch der erste Preis zuerkannt wurde, wie auch die anderen Preise stimmeneinhellig verteilt wurden. In einer kleinen Ausstellung, die in der Rosengasse 5 veranstaltet wird, sind die Arbeiten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Im Zusammenhang mit den Aufbauplänen Prags besuchte ich in Begleitung der städtischen Fachmänner das Isergebiet, das immer noch in allererster Linie für die so dringende Versorgung Prags mit gutem Trinkwasser in Frage kommt. Ich konnte mich dabei davon überzeugen, dass schon durch die bestehenden Trinkwasserzuleitungen alle Voraussetzungen dafür geschaffen sind, dass dieses Gebiet beschleunigt von Prag aus erschlossen wird. Ich möchte die Gelegenheit benützen, um mit Nachdruck darauf zu verweisen, dass die Trinkwasserfrage für Prag vitale Bedeutung besitzt und dass daher alles vermieden werden muss, dass das Iserprojekt zu Fall kommt. Dieser Hinweis gründet sich vor allem auf die nicht grundlose Befürchtung, dass das Iserwasser von anderer Seite beansprucht werden könnte. Ich hoffe, noch dieser Tage von Präsidenten Niemeyer eine bindende Zusage in unserem Sinne zu erhalten, worauf dann sofort das mit der Stadt Jungbunzlau gemeinsam betriebene wasserrechtliche Verfahren zum Abschluss gebracht werden soll.

Eine weitere Fahrt zur Stiechowitzer Talsperre gab mir die Gewissheit, dass dort für die Elektrizitätsversorgung Prags ein wesentliches Werk entstehe, an dessen Erbauung die Stadt auf dem Umwege über die Zentral-Elektrizitätswerke mitbeteiligt ist. Nebenbei sei angemerkt, dass in der für den 31./10.d.J. anberaumten Verwaltungsratssitzung der Zentral-Elektrizitätswerke das Aktienkapital von 30 auf 90 Millionen Kronen erhöht werden soll, ein Plan, dem die Stadt Prag zustimmt.

Eine Besichtigung des städtischen Krankenhauses "Bulowka" ergab, dass sich dort in der Wirtschaftsführung noch sehr viel bessern lässt. Es wird Vorsorge getroffen, dass von deutscher Seite ein zureichender Wirtschaftsverwaltungsleiter eingesetzt wird, der all diese Unzulänglichkeiten beseitigt. Zum andern diene die Besichtigung der Ueberprüfung der Frage, ob die Anlage von Notbaracken für Geschlechtskranke notwendig oder möglich ist. Dr. Algermisen vom städt. Physikateil entfaltet, wie ich schon letzthin andeutete, eine rege Tätigkeit und braucht ~~zu~~ zu einer wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor allem eine Möglichkeit, um die Patienten an einer Stelle zusammenzufassen. Wir kamen zu der Ueberzeugung, dass die Errichtung von Baracken, weil nur zeitbedingt, zu teuer käme, dass sich aber sehr wohl ein Ausweg in der Richtung ergibt, dass die in unmittelbarer Nähe der Bulowka gelegene Liebener Besserungsanstalt für diesen Zweck freigemacht werden könnte. Die 120 Zöglinge dieser Anstalt sollen auf andere städtische Versorgungsanstalten aufgeteilt werden.

Ein Besuch des städtischen Museums zeigte, dass dieses für die vorhandenen Museumsgegenstände in keiner Weise zureicht. Es wird daher sehr ernsthaft ein Baugelände in der Nähe des Agnesklosters in der Altstadt ins Auge gefasst, wo

ein neues Museumsgebäude erstehen soll. Auch sonst liess sich überall in dem Museum feststellen, dass offenbar der Leiter in keiner Weise zureicht. Es wurde der Auftrag gegeben, dass die immer noch mangelhaften und manchmal untragbaren Beschriftungen schleunigst beseitigt bzw. rektifiziert werden. Es soll überdies ein eigener Museumsausschuss gebildet werden, dem auch Deutsche zugehören werden und der endlich eines mitanstreben soll, dass dieses Museum samt seinen an sich wertvollen Schätzen dem Bewusstsein der Allgemeinheit nähergebracht und damit eine wahrhaft kulturelle Erziehungsstätte werden soll. Sobald es mir gelingt, einen erstklassigen deutschen Fachmann zu gewinnen, soll hier, genau so wie im städtischen Archiv, im deutschen Sinne Ordnung gemacht werden.

Nachdem nunmehr die Rekonstruktionsarbeiten im Altstädter Rathaus weitgehend abgeschlossen sind, wird die Zweckbestimmung der freigelegten Räume besonders vordringlich. Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten berichtet, dass wir Deutsche allein einen lebendigen Zweck mit diesen Räumen verbinden können und dass daher für uns der Gedanke, hier ein Museum einzurichten, ausscheidet. Es ist daher auf unser Betreiben ein Alternativprojekt für den Fall ausgearbeitet worden, dass hier ein repräsentativer Ratskeller eingerichtet werden würde. Diese Projekte rechnen daneben auch mit einer grossen Speiserauflage, die vom Kleinen Ring aus zugänglich wäre, und die vor allem den Zweck haben soll, den städtischen Angestellten und Beamten im Falle der Erweiterung der Arbeitszeit auf $8 \frac{1}{2}$ Stunden eine willkommene Verköstigungsmöglichkeit zu bieten. Zur Ueberprüfung all dieser Fragen und vor allem auch der Art der Restaurierung durch die Tschechen habe

ich den deutschen stellvertretenden Direktor des staatlichen Denkmalamtes, Dr. Turnwald, gewonnen, in dessen Gegenwart in der nächsten Woche eine tunlichst abschliessende Präsidialberatung erfolgen soll.

Der Plan, eine Entschandelung im gesamten Prager Reklamewesen durchzuführen, nimmt nunmehr greifbare Formen an. Verhandlungen mit dem deutschen Architekten Ahne sind im Gange, um ihn als ständigen bezahlten Experten zu gewinnen und auf diese Weise die Durchsetzung des deutschen Geschmacks sicherzustellen. Die angeordnete Beseitigung aller sichtbaren Erinnerungen an einstige Denkmäler wird soeben durchgeführt. An der städtischen Plakatierungsanstalt ist nunmehr die Berliner Firma Ala insoferne beteiligt, als sie den mit 49 % beteiligten staatlichen Waisenfond vertritt.

Schliesslich sei noch auf die Frage des Prager Grenzschlachthofes hingewiesen. Referent Klein hat sich in Berlin und anderwärts alle Mühe gegeben, um den Gedanken vorwärts zu treiben, dass Prag auf einen Grenzschlachthof einen bestimmten Anspruch besitzt und dafür auch beste Voraussetzungen bietet. Der Ausbau im letzten Jahre diene so gut wie ausschliesslich diesem Ziele. Wie ich hörte, soll indessen in der Behörde des Herrn Reichsprotectors die Ansicht bestehen, dass bei der Frage, wohin der Grenzschlachthof verlegt werden soll, die Erwägung eine Rolle spielt, dass Prag angeblich eine tschechische Stadt, Brünn hingegen eine deutsche sei. Daher neige man eher der Meinung zu, dass vor allem Brünn in den Vordergrund geschoben werden müsse. Ich glaube nicht, dass diese Schwarz-weiss-Malerei eine Berechtigung besitzt. Ich wäre daher sehr zu Dank verbunden, wenn der Prager Plan entsprechend gefördert würde.

All die Ausbau- und Verbesserungspläne für die Stadt Prag bleiben indessen, wie bereits eingangs betont, von der grundlegenden Besserung der städtischen Finanzen abhängig. Eine Vergleichsstudie über die Haushaltspläne Prags- und Münchens, die von der städtischen Studienabteilung erarbeitet und allen beteiligten Stellen zugänglich gemacht worden ist, lehrt überzeugend, dass die Betätigung auf so gut wie allen Gebieten den Altreichsstädten nur deswegen unendlich leichter gemacht wird, weil sie durchschnittlich die vierfachen Einkünfte dessen besitzen, womit sich die Protektoratsgemeinden behelfen müssen.

In Sachen des zivilien Luftschutzes ist insoferne eine für die Stadt überraschende Neuregelung erfolgt, als sofort für ca. ^{12,000,000} 1,200.000.- Kronen neue Luftschutzräume erbaut werden müssen und die Kosten für das in erhöhter Zahl eingestellte Personal der Stadt allein aufgelastet wird. Bei der Aufrechterhaltung auch nur des derzeitigen Zustandes würde dies für die Stadt Prag eine jährliche Belastung von mindestens 24,000.000.-- Kronen bedeuten, für die es im Haushaltsplan keine Deckung gibt. Es wäre daher doppelt erwünscht, dass die von der Protektoratsregierung dem Herrn Reichsprotector zur Genehmigung vorgelegte Regierungsverordnung über die Bestreitung der Kosten für den zivilen Luftschutz umgehend in Kraft gesetzt würde. Als städtischer Referent für das gesamte Luftschutzwesen ist das deutsche Verwaltungsausschussmitglied Arch. Koloschek eingesetzt worden.

In der materiellen Lage der deutschen Beamten und Angestellten ist durch die begonnene Ausgleichszahlung eine entscheidende Besserstellung und damit auch eine wesentliche Beruhigung eingetreten. Um eine Uebersicht über die

Möglichkeit eines Personalabbaues zu erreichen, ist nunmehr vom Personalpräsidium ein Rundschreiben an alle Amtsvorstände mit der Weisung ergangen, es möge umgehend die Zahl der Beamten und Angestellten angegeben werden, die überflüssig würde, sobald die achtstündige Arbeitszeit eingeführt würde. Wir wollen uns mit dem Ergebnis dieser Rundfrage gewiss nicht begnügen sondern es lediglich als Vergleichsmaterial für die besonders durchgeführte Kontrolle mit verwenden. Da der bisherige Leiter des städtischen Kulturamtes, Obermagistratsrat Dr. Raišl verhaftet wurde, ist mit der vorläufigen Leitung der deutsche Magistratsrat Dr. Zimmermann beauftragt worden.

Eine erfreuliche Wendung zum Besseren ergibt sich durch ein Abkommen zwischen der jüdischen Auswanderungsstelle und der Partei für die Bereitstellung von jüdischen Wohnungen an deutsche Bewerber. Die Stadt hat für diesen Zweck ihren Beamten, Dr. Wuch in das städtische Wohnungsamt abgestellt, wo er diesen ganzen Fragenkreis im Einvernehmen mit der Partei bearbeitet.

Gleich erfreulich bleibt auch die Anregung des hiesigen Oberlandratamtes, wonach das gesamte Verpflegs- und Preiswesen, das jetzt für die Altreichsdeutschen noch vom Oberlandrat betreut wurde, in die Verwaltung der Stadt übergeleitet werden soll, wodurch dem Grundsatz von der notwendigen Einheit der Verwaltung Rechnung getragen wird.

Schliesslich sei noch angemerkt, dass die Stadt gelegentlich der Vereid^{ig}ung eines Waffen-SS-Bataillons auf dem Altstädter Ring zu den Kosten für den Tribünenbau K 6000.-- beigesteuert hat.

Prag, am 31. Oktober 1940.



Sicherheitsdienst RfH
SD-Leitabschnitt Prag

E

Prag-Bubentich, 8.1.1941. 55
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

An den
H-O'Stubaf. Dr. Gies, Prag-Czerninpalais
P r a g .

Betr. Tätigkeitsberichte des Prim.Stellv. Prof.Pfitzner.
Vorg. St.S.VF1 vom 31.Okt.1940
Anlg. 2.

Anliegend werden die zur Auswertung übersandten Berichte zurückgereicht.

W. J. M.
H-Oberkornbannführer

St. S. 1/1

W. J. M.
i. u. d.

1. 10/1. 41



Prag, am 30. Mai 1940.

DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG.

50
56
St. S. J. F. 1.

Tätigkeitsbericht vom 20. April bis 30. Mai 1940.

An die Spitze meines diesmaligen Monatsberichtes möchte ich eine ganze Reihe von bisher unerledigt gebliebenen und von mir in Sondereingaben und Berichten immer wieder namhaft gemachten dringenden Wünschen stellen. Sie betreffen vor allem die immer brennender werdende Notwendigkeit, endlich auch in Prag die Sprachenfrage im deutschen Sinne zu lösen. Mit der seinerzeitigen höchst lückenhaften Spracheninstruktion kommen wir in Prag absolut nicht weiter. In jenen Städten, in denen deutsche Regierungskommissäre an der Spitze stehen, lässt sich diese Spracheninstruktion beliebig auslegen und anwenden. In Prag macht Klapka mit seinen Beamten gegen jede vernünftige Deutung ihres Sinnes nach wie vor die allergrössten Schwierigkeiten. Ich ringe nunmehr bereits mehr denn volle vier Monate um eine tragbare Ausnützung der in ihr trotz aller Dürftigkeit enthaltenen Möglichkeiten. Ich komme indessen in bestimmten, für uns wesentlichen Hauptpunkten keinen Schritt weiter. Ich habe seinerzeit eingehend dargelegt, dass die Tschechen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, dass in Prager Gemeindeangelegenheiten wie früher so auch heute die innere tschechische Amtssprache herrscht, die daher - und darin äussert sich der vollkommene Widersinn dieser Auffassung - auch von deutschen Beamten anzuwenden ist, wenn sie untereinander in amtlichen Verkehr treten.

Die Spracheninstruktion gibt mir des Weiteren in keiner Weise die Möglichkeit, dass ich für meinen Amtsgebrauch eine deutsche Stampiglie führe. Auch über den Stampigliengebrauch insgesamt habe ich seinerzeit eine eingehende Eingabe an den Herrn Staatssekretär gerichtet. Die Spracheninstruktion lässt jede Handhabe vermissen, mit deren Hilfe der Magistrat der Hauptstadt auf Unternehmen öffentlichen Charakters einwirken könnte, damit sie endlich die Doppelsprachigkeit durchführen. Für all diese Dinge war in der alten tschecho-slowakischen Sprachenverordnung Vorsorge

56a
getroffen worden. Es wäre hoch an der Zeit, wenn jene Sprachenver-
ordnung endlich ins Deutsche übersetzt würde. Ich habe Dr. Jurina
beauftragt, nochmals alle unsere Beschwerden in der Sprachenfrage
in einem eingehenden Bericht zusammenzufassen, damit ich sie
demnächst an die zuständigen Stellen weiterleiten kann. Ich möchte
hier ganz allgemein bemerken, dass blosses freundschaftliches Zu-
reden den Tschechen gegenüber in keiner Weise verfängt. Mögen
Schreiben von wem immer an den Primator mit dem väterlichen Rate
gelangen, er möge sich endlich an den Sinn der Gesetze halten,
so werden sie doch an seinem formal-juristischen Denken spurlos
vorübergehen.

Zum Zweiten muss ich leider feststellen, dass sich immer
noch Masarykbüsten an Stellen befinden, wohin sie meiner tiefen
Ueberzeugung nach auch dann nicht gehören, wenn man Masaryk tole-
riert. Ich habe seinerzeit aufmerksam gemacht, dass eine Masaryk
büste sich immer noch im grossen Sitzungssaal des Rathauses an
der Stelle befindet, wo sonst die Büsten oder die Bilder des
Staatsoberhauptes stehen. Ich glaube, dass eines wenigstens möglich
wäre, dass angeordnet wird, dass an solchen bevorzugten Stellen
nicht die Büsten von Männern stehen dürfen, die heute die Würde
eines Staatsoberhauptes nichtmehr besitzen. Dabei kann die gesamte
Frage Masaryk noch immer offen bleiben. Ich habe seinerzeit den
Tschechen gegenüber den Antrag auf Entfernung der Masarykbüste
gestellt. Es ist damit diese Angelegenheit wenigstens für den
Sitzungssaal des Rathauses zu einer Festigeangelegenheit geworden
und ich ersuche nochmals dringend, eine entsprechende Weisung
an das Stadtpräsidium gelangen zu lassen.

In Sachen der Doppelsprachigkeit der Strassen- und
Plätzenamen hat sich leider eine unliebsame Verzögerung dadurch
ergeben, dass noch bestimmte Wünsche des Wehrmachtbevollmächtigten
berücksichtigt werden mussten. Nichtsdestoweniger hat die Stadt
die Vorbereitungen für die endliche Verwirklichung dieser schon
lange schwebenden Angelegenheit getroffen. Es sind derzeit an die
deutsche Firma Sphinx ein Drittel sämtlicher Strassenschilder
vergeben worden. Ueber die restlichen zwei Drittel wird noch
entschieden werden. Der gesamte Aufwand beläuft sich auf über
zwei Millionen Kronen. Der politische Dienst der Stadt hat bereits
angeordnet, dass wenigstens dort die doppelsprachigen Strassen-
schilder angebracht werden, wo es sich um unstrittige Fälle handelt.
Ich merke hier gerne an, dass sich Dr. Jurina, der in die Direk-
tion des politischen Dienstes versetzt worden ist, im Gegensatz



5161

zum Vorstand der Direktion des politischen Dienstes Dr. Morway sehr gut bewährt.

Deuten schon die wenigen Hinweise an, mit welchen politischen Widerständen nach wie vor am Prager Rathause gerechnet werden muss, so wird die deutsche Kampfstellung noch sichtbarer durch die immer heftiger werdenden Versuche Klapkas, sich zum Sprecher der tschechischen Nation uns Deutschen gegenüber aufzuschwingen. Aus diesem seinem Ehrgeiz heraus lassen sich die juristischen Sophistereien ebenso erklären, wie sein Bemühen, die seinerzeit getroffene Regelung über meine Mitbeteiligung in der Stadtführung zu umgehen. So musste ich feststellen, dass er vor allem Beamtenversetzungen ohne mein Wissen vornimmt. Ich stellte ihn daraufhin schriftlich zur Rede, worauf mir die Antwort zuteil wurde, dass nach seinem Rechtsempfinden und seinen Rechtskenntnissen eine Mitbeteiligung meinerseits an Beamtenversetzungen nicht notwendig sei. Lediglich bei Beamtenernennungen sei meine Mitzeichnung erforderlich. In meiner Beschwerde, die ich daraufhin an den Landespräsidenten als Schiedsinstanz richtete, verwies ich mit Nachdruck darauf, dass nach dem Wortlaut und Sinne jener früheren Regelung mein Mitzeichnungsrecht in allen Dingen in Frage kommt, in denen eine Entscheidung des Primators erfolgt. Auch kommt es immer noch vor, dass Rundschreiben durch die Direktionen des Dienstes erlassen werden und von Klapka gezeichnet werden, von denen ich erst nachträglich aus der Zeitung Kenntnis erhalte. Ich habe mich gegen diesen Vorgang gleichfalls neuerlich schärfstens verwahrt. Als ich in diesem Zusammenhang den Direktor des politischen Dienstes Dr. Morway zur Rede stellte, kam nur das eine heraus, dass Klapka in diesen Dingen durchaus der treibende Geist ist. Dies wurde auch für die weitere Öffentlichkeit sichtbar, als Klapka gelegentlich des Besuches Alfred Rosenbergs im Altstädter Rathaus eine politisch unmögliche Rede hielt. Was er dort zum Ausdruck brachte, hatte nichts mit der Stadtverwaltung zu tun, sondern war eine Verteidigungsrede des Tschechentums mit einer Fülle von Spitzen gegen das Deutschtum. Vor allem seine Forderung nach Wiedereröffnung der tschechischen Hochschulen beweist eindeutig, wozu er seine Prager Stellung missbrauchen will. Ich habe den Wortlaut seiner Rede allen zuständigen Stellen zugänglich gemacht in der Hoffnung, dass die systematischen Vorstöße von deutscher Seite nicht unbeantwortet bleiben. Es bleibt in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, dass soeben der technische

54a
Referent der Stadt Borkovec von der Gestapo in Haft genommen werden musste. Ich weise jetzt schon auf die Möglichkeit hin, an die Stelle von Borkovec einen deutschen Referenten für das an sich hochwichtige Fach einzusetzen. Ich werde mir Mühe geben, einen entsprechenden deutschen Fachmann zu präsentieren, muss aber jetzt bereits die Unterstützung durch die reichsdeutschen Behörden erbitten.

So sehr ich vom Anbeginn davon überzeugt war, dass sich eine genaue Ueberwachung der Tschechen in der Amtsführung nur dann erzielen lässt, wenn wir den Verwaltungsapparat mit einem dichten Netz deutscher Menschen durchsetzen, ebenso sehr bin ich mir darüber im Klaren, wie schwer es ist, geeignete Deutsche zu finden. Alles scheitert nach wie vor an der ungelösten Gehaltsfrage. Qualifizierte deutsche Kräfte können niemals für die Summen gewonnen werden, die wir derzeit von der Stadt aus aussetzen vermögen. Hier bleibt nichts anderes übrig, als Ausgleichszulagen für die Deutschen zu bewilligen, wenn nicht das gesamte Problem gelöst werden soll. Nichtsdestoweniger habe ich mit Nachdruck verlangt, dass auch heuer die Pensionierungen auf der tschechischen Seite nach den Grundsätzen des vergangenen Jahres durchgeführt werden d.h., dass alle Beamten über 60 Jahre in Pension gehen müssen und jene, die das 55. Lebensjahr erreicht haben, pensioniert werden können. Da sich die Tschechen gegen die Verwirklichung dieser Absicht sträubten, war es mir eine wertvolle Hilfe, dass das Amt des Herrn Reichsprotectors die Pensionierungsmöglichkeit durch ein besonderes Schreiben ausdrücklich betonte. Von Seiten des Personalamtes werden nunmehr alle Vorbereitungen in dieser Hinsicht getroffen. Es wird sich damit die Gelegenheit ergeben, den einen oder den andern qualifizierten Deutschen in leitender Stellung einzubauen. Vor allem ist mir sehr daran gelegen, dass an Stelle des Präsidialchefs Kremlička, der mir bisher nächst Klapka die meisten Schwierigkeiten gemacht hat, ein deutscher Beamter eingesetzt wird. Ich denke dabei an Magistratsrat Dr. Krug, der sich in seiner bisherigen Tätigkeit in meiner Kanzlei glänzend bewährt hat. Es ist zu erwarten, dass sich Klapka gegen eine solche Lösung mit allen Mitteln wehren wird. Es wird daher notwendig sein, dass hinter diesen Vorschlag dann von oben her ein entsprechender Nachdruck gesetzt wird. Es kann dabei vor allem darauf hingewiesen werden, dass ich bisher mich auch mit einem tschechischen



65160

Präsidialchef abfinden musste, sodass auch Klapka ohne weiteres zugemutet werden kann, sich mit einer deutschen Präsidialleitung abzufinden. Von besonderer Bedeutung wird die Stelle eines Direktors des technischen Dienstes, die im Zuge der Pensionierungen gleichfalls freigemacht werden kann. Hier käme es darauf an, eine hochqualifizierte Kraft zu gewinnen, die das Amt eines städtischen Baudirektors in einer Millionenstadt zu bekleiden im Stande wäre. Eine solche Kraft besitze ich nicht. Es bleibt daher unerlässlich, im gesamten Reiche nach einem geeigneten Manne Ausschau zu halten. Ich wäre dankbar, wenn die Behörden des Herrn Reichsprotectors hierin helfend zur Seite stünden. Es ist mir inzwischen gelungen, für die Abteilung Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung im städtischen Physikat einen anerkannten Fachmann in Dr. Algermissen aus Dortmund zu gewinnen, der am 1./6. seinen Dienst antreten wird.

Ebenso habe ich mit Dozent Dr. Rudolf Schreiber, der derzeit in der Archivkommission beim Reichsprotector beschäftigt ist, eine feste Abrede in dem Sinne getroffen, dass er sobald ihm dies seine jetzige Tätigkeit erlaubt, in das Prager Stadtarchiv eintritt und hier in kurzer Zeit den pensionsreifen Stadtarchivdirektor Dr. Vojtišek ersetzt. Damit würde diese wesentliche Wissenschafts- und Kulturanstalt endgiltig unter deutsche Leitung gestellt.

Schliesslich darf ich in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, dass ich soeben alles eingeleitet habe, damit an Stelle des jüdischen Primararztes Levit im städtischen Krankenhaus Bulovka Dozent Dr. Dick, der mir von der Deutschen Gesundheitskammer warm empfohlen wurde, als Primarius eingesetzt wird.

In Sachen der deutschen Bauten schreiten die Dinge langsam aber stetig vorwärts. Die Schwierigkeiten, die sich dabei in den Weg türmen, sind nicht gering. So glaubte ich mit dem Besitz des Baugrundes für eine deutsche Handelsakademie und eine deutsche Volks- und Bürgerschule, sowie eines deutschen Kindergartens in Dewitz bereits sicher rechnen zu können, als ich vom Schulminister die Verständigung erhielt, dass der Wehrmachtbevollmächtigte beim Herrn Reichsprotector erst seine Genehmigung erteilen muss. Es gelang mir nach eingehender Darlegung des Sachverhaltes, diese Zustimmung zu erwirken, sodass jetzt an die Projektierung der beabsichtigten Schulgebäude geschritten werden kann. Auch das Smichower und Sporschilower Schulbauprojekt ist einigermaßen vorwärts getrieben worden. So gut wie sicher ist des Weiteren, dass von der Stadtgemeinde eine leerstehende

58a

Schule in Wran als deutsches Schullandheim erwerben wird. Ich habe mich persönlich überzeugt, dass es sich um ein günstig gelegenes Objekt handelt. Ich habe in diesem Monat auch den Antrag gestellt, dass das deutsche Volk- und Bürgerschulwesen Prags für die Bestreitung des Sachaufwandes in die Verwaltung der Stadt überführt wird. Die Verhandlungen darüber sind derzeit im Schulministerium im Gange. Von Seiten der Abteilung 14 des Herrn Reichsprotectors wird gegen diese Absicht kein Einwand erhoben. Die Stadt hat in Adlerkosteletz ein grosses für mehr als 100 Zöglinge berechnetes Bezirkssichenhause zu einem billigen Kaufschilling erworben. Ich habe diesem Kauf nach persönlichen Augenschein deswegen zugestimmt, weil dort einstens für deutsche Erholungszwecke - Adlerkosteletz liegt in der Nähe des deutschen Siedlungsgebietes - Vorsorge getroffen werden könnte. Eine typische Prager Lösung hat die Frage nach der endgültigen Zweckbestimmung der Schützeninsel gefunden. Unser Plan, sie der deutschen Jugend zu widmen und auf ihr ein HJ-Heim und eine Jugendherberge zu errichten, hat nunmehr auch von tschechischer Seite eine freilich bezeichnend verklausulierte Zustimmung gefunden. Als ich mit Klapka und dem Wirtschaftsreferenten der Stadt über diese Frage verhandelte, wurde ich nicht im Unklaren darüber gelassen, wie schwer es für die Tschechen sei, eine solche Lösung gegenüber dem eigenen Volke zu verantworten, zumal in früheren Verträgen über diese Insel die Bestimmung enthalten ist, dass sie nach Erlöschen des Serviturrechtes ~~man~~ der Nationalgarde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müsste. Es bleibt indessen bezeichnend, dass man sich auf tschechischer Seite bereits folgenden salomonischen Ausweg zurecht gelegt hatte, durch dessen Beschreibung Klapka wieder einmal die Verantwortung vor den Tschechen abgenommen wird. Diese eigentümliche Diktion lautet folgendermassen: Obwohl die Stadt Prag Eigentümerin der Schützeninsel ist, befindet sich derzeit als Konkursmasseverwalterin des Vermögens der Nationalgarde die Gestapo im Besitze des Objektes. Als Besitzerin könne sie zunächst damit beginnen, was ihr beliebt. Die Stadt Prag als Eigentümerin besässe wohl das Recht, eine Eigentumsstörungsklage einzubringen. Zu dieser Klage aber bedürfe er, Klapka, meiner Zustimmung und die würde ich doch in diesem Falle niemals geben. Daraus ergab sich der eindeutige Schluss, dass die Gestapo diese Insel für den genannten Zweck freistellen könne, ohne dass die Stadt einzuschreiten brauche. Ich habe nun



65159

diesen Weg beschritten und die Gestapo ersucht, meinen Plan zu billigen. Bisher bin ich ohne Antwort geblieben. In diesem Zusammenhang darf angeführt werden, dass nunmehr auch die Bereitstellung von Sportplätzen für Deutsche in ein akutes Stadium getreten ist. Der HJ wird eine Reihe von ihr bezeichneter Plätze für bestimmte Stunden zur Verfügung gestellt werden. Der deutsche Jugendspielplatz bei der Kaisermühle soll auf Kosten der Stadt hergerichtet werden. Wegen der Zuweisung der Kaiserwiese für deutsche Zwecke habe ich dem Herrn Staatssekretär unmittelbar geschrieben und auch Herr Dr. Grund vom Amte des Reichsprotectors ersucht, alles zu unternehmen, damit das tschechische Arbeitsministerium, dem diese Wiese gehört, für diesen Plan gewonnen wird. Ich halte dieses Objekt für ausserordentlich wesentlich, weil mit seinem Erwerb eine Menge Schwierigkeiten wegfallen werden. Für uns Deutsche bleibt schliesslich bedeutsam, dass die Hetzinsel endlich im modernen Sinne für Erholungszwecke ausgebaut werden soll. Vor allem plant die Stadt dort ein grosses Bad verbunden mit einem Hallenschwimmbad. Für nicht weniger als 8000 Menschen soll damit eine Badegelegenheit geschaffen werden. Diese käme vor allem den stärker deutsch bestimmten Vierteln Holleschowitz, Bubentsch u.s.w. zu Gute. -Angemerkt sei auch, dass nunmehr die Deutsche Bücherei in den neuen Raum übersiedelt ist.

In diesem Monat sind erstmals bestimmte Anforderungen von Seiten der Wehrmacht wegen der Unterbringung eintreffender verwundeter Soldaten an die Stadt gestellt worden. Ich habe alles veranlasst, dass zwei Pavillions der Masarykheime für diesen Zweck bereit gestellt werden.

Die Zusammenarbeit mit der staatlichen Planungskommission ist nach wie vor eng und fruchtbar. Landesrat Niemeyer erstattet mir über das Werden der einzelnen grossen Projekte wie Bahnhöfe, Untergrundbahn, Reichsautobahn, Brücken, Grünflächenanlagen, repräsentative Bauten u.s.w. jeweils Bericht. Wir haben soeben mit Klapka vereinbart, dass für eine zweckentsprechende und weitausschauende Grünflächengestaltung in Prag ein reichsdeutscher Fachmann Mattern herangezogen wird. Wir wollen ihn in einem bestimmten Vertragsverhältnis in der Stadt verankern, durch das ihm die Möglichkeit gegeben wird, auf unser Parkamt den grössten Einfluss auszuüben. Damit Projektierungsarbeiten für Neubauten, die dann von der Planungskommission aus bestimmten Gründen abgelehnt werden müssen, unterbleiben, soll bei der Stadt eine Bauberatungsstelle

59a
eingerrichtet werden.

Gelegentlich einer Vorsprache beim Ministerpräsidenten brachten Klapka und ich eine ganze Reihe finanzieller Wünsche zur Sprache. Sie ergeben sich alle aus der Tatsache, dass der Gemeindeverwaltung eine Fülle von Aufgaben übertragen wurde und zugewiesen sind, für die sie keine rechte Deckung besitzt. So ist immer noch die Frage offen, ob wir einen entsprechenden Anteil aus der Zinssteuer bekommen. Bis in den Herbst 1938 bezog die Stadt jährlich ungefähr 60 Millionen Kronen aus diesem Titel. Es liegt auf der Hand, dass die Einstellung dieses Staatsbeitrages für die Stadt eine schwere Schädigung bedeutet. Auch die der Stadt zustehenden Beiträge des Schulministeriums für die Erhaltung des Schulwesens sind immer noch nicht flüssig gemacht worden. Hinzu kommen die sehr erheblichen Kosten, die der Verwaltung durch den zivilen Luftschutz und die Preis- und Verpflegsabteilung erwachsen. Im Abgabewesen der Stadt gibt ^{es} keinen Posten, der für die Deckung dieser Mehrausgaben herangezogen werden könnte. Schliesslich sind noch die stetig steigenden Beihilfen an die Angestellten hinzu - zurechnen, die bereits weit die im heurigen Haushaltsplan vorgesehene Summe übersteigen. Insgesamt ergibt sich aus diesen Titeln ein Mindestabgang für die Stadt von mehr als 100 Millionen Kronen. Unser Ersuchen an den Ministerpräsidenten ging dahin, diese Fragen im Ministerrat zur Sprache zu bringen und mit den einzelnen Ressortministern durchzusprechen. Wir gedenken diese Angelegenheiten demnächst auch Präsidenten Hácha vorzutragen. In diesem Monat wurde auch die zweite Etappe für die Erbauung eines modernen Feuermälders vergeben. Es ist gelungen, diesen Auftrag in der Höhe von 1,600.000.-- Kronen der bewährten Firma Siemens & Halske zu-zuteilen.

Wegen der bei der Stadt bestehenden reichen Stiftungen ist auf deutscher Seite vereinbart worden, vorläufig deren nationalitäre Aufteilung derzeit nicht zu verlangen, da wir immerhin die Hoffnung hegen, einmal ein Gutteil dieser Stiftungen in unsere Hand zu bekommen. Derzeit würde nach dem Beispiel des Landes Böhmen der Bevölkerungsschlüssel zugrunde gelegt werden, wobei wir ausserordentlich schlecht abschneiden würden.

Seit längerem schweben Verhandlungen wegen der Sicherstellung des elektrischen Strombezuges, der durch die Angliederung Seestädtls an den Sudetengau in Frage gestellt schien. Da das Reich selbst an der Stromversorgung ganz Böhmens das grösste Interesse besitzt, hat es sich bei den Böhmischn Zentral-Elektri-



65158

zitätswerken, deren Hauptabnehmer bisher die Stadt Prag war, durch eine Sperraktienminorität eingeschaltet. Die Verhandlungen, die zwischen dem Reich, den Zentral-Elektrizitätswerken und der Stadt Prag geführt werden, verlaufen so, dass mit einem günstigen Abschluss gerechnet werden kann. Eine Verteuerung des Strombezuges für Prag soll daraus nicht erwachsen.

Im Berichtsmonat hat die Prager städtische Versicherungsanstalt ihre Bilanzsitzung abgehalten und dabei einen Reingewinn von nahezu 5 Millionen ausgewiesen. Der grösste Teil dieser Summe ist satzungsgemäss Reserven und Sonderfonds zugeführt worden. Unter diesen Sonderfonds hat der für die Errichtung einer städtischen Galerie eine neue Dotierung erfahren, sodass er jetzt zureichen dürfte, ein repräsentatives Gebäude zu erwerben. Die Verhandlungen wegen des Ankaufs des Kinskypalais stehen vor dem Abschluss. Angesichts der günstigen Geschäftslage ist es auch möglich geworden, Klapka und mir eine Million als Dispositionsfond zur Verfügung zu stellen, den es bisher so gut wie überhaupt nicht gab. Die Summe, die im ordentlichen Haushalt für repräsentative Zwecke ausgeworfen ist, ist so lächerlich gering, dass damit weder die Repräsentationsverpflichtungen noch die Verpflichtungen gegenüber den sozial Bedürftigen und den Kulturanstalten erfüllt werden können. Klapka und ich haben uns dahin geeinigt, dass die Hälfte dieser Summe ihm und die Hälfte mir zur Verfügung gestellt werden soll. Ueber die Verteilung werden wir uns am Ende des Jahres wechselseitig Rechenschaft geben. Ich bemerke noch, dass die Prager Versicherungsanstalt 50.000.-- Kronen der Deutschen Volksbildungsstätte zugewiesen hat und mir 50.000.- K für soziale deutsche Zwecke besonders zuwies. Ich verwende diese 50.000.- K dafür, um die verschiedensten Anforderungen der deutschen Parteilformationen zu befriedigen. Diese Summen bestimme ich für sozial bedürftige Männer der Parteigliederungen.

Die Zahl der repräsentativen Verpflichtungen geht aus der Aufzählung der Besuche hervor, die sich auf dem Altstädter Rathause einstellten: Bürgermeister Kluge aus Dresden, eine Frontberichterkompanie, Oberst Peter, Collin Ross, Bürgermeister Kellner aus Ausburg, Alfred Rosenberg. Die Tschechen gedachten für Geschenkwzwecke eine grössere Anzahl von Exemplaren des Buches von Hadek "Ötení o Praze" anzukaufen. Bei genauer Durch-

600

sicht musste ich feststellen, dass sich darin eine ganze Reihe deutschfeindlicher Stellen befinden, worauf ich dann die Zensurbehörden aufmerksam machte. Das Buch ist inzwischen beschlagnahmt worden. Es bleibt bezeichnend, dass mir der zuständige tschechische Referent das Buch zum Ankauf mit dem Bemerken vorlegte, es sei durch die Zensur gegangen und daher einwandfrei, ohne dass er sich selbst die Mühe genommen hätte, es zu überprüfen.

Schliesslich bemerke ich noch, dass wir das immer noch bestehende Ehrenbürgerrecht Hodžas kassiert haben.



65157



Prag, am 26. Juni 1940.

DER PRIMATOR-STELLVERTRETER
DER HAUPTSTADT PRAG.

Tätigkeitsbericht vom 1. Juni bis 26. Juni 1940.

Wenn ich den diesmonatlichen Tätigkeitsbericht mit der Bewertung des Besuches der Stadt Prag in Frankfurt a.M. beginne, dann geschieht dies deswegen, weil diese Reise nach den verschiedensten Richtungen hin tiefe Eindrücke in die Gesamtlage der Stadt Prag vermittelte. Von vornweg darf gesagt werden, dass der Empfang der Prager Stadtführung durch Frankfurts Oberbürgermeister ein restlos herzlicher gewesen ist und vor allem uns Deutschen das Bewusstsein vermittelte, dass die grossen deutschen Städte es lebhaft begrüßen, wenn wir uns unsererseits darum bemühen, mit ihnen zu der solange vermissten Zusammenarbeit zu kommen. Aber gerade die Grösszügigkeit, mit der der Empfang und die Bewirtung in Frankfurt durchgeführt wurden, lässt bereits darauf schliessen, dass die deutschen Städte ganz andere finanzielle Möglichkeiten als Prag besitzen, und dies ist der Punkt, der uns bei der diesmaligen Reise besonderen Anlass zum Nachdenken über die heimischen Prager Verhältnisse bot. Denn es wird immer offenkundiger, dass die anderen grossen deutschen Städte nur deswegen unendlich mehr auf verschiedenen Gebieten z.B. dem der Kulturarbeit und der sozialen Fürsorge zu leisten vermögen, weil sie über viel reichere Einkünfte und ganz anders geartete Einkunftsquellen als Prag verfügen. Damit rühre ich an eine ausserordentlich schmerzliche Seite des bisherigen Prager Gemeindefinanzsystems. Wir haben im letzten Jahre immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass die Prager Gemeindefinnahmen von allen Seiten her empfindlichst beschränkt werden und immer wieder Bestrebungen in Gang kommen, sie weiter zu vermindern. Es ist hoch an der Zeit, dass auf diese unhaltbaren Zustände mit aller Deutlichkeit hingewiesen wird. Der Vergleich mit den deutschen Städten fordert dazu geradezu heraus. Bei einer Vorsprache, die ich mit dem Primator beim Ministerpräsidenten Eliáš und bei Staatspräsidenten Hácha durchführte,

61a

mussten wir die traurige Feststellung treffen, dass uns der Staat trotz klarer gesetzlicher Verpflichtungen eine Fülle von Zuschüssen vorenthält und darüber hinaus eine Reihe neuer Aufgaben zuweist, ohne auch nur im geringsten für einen Ersatz der so neuerwachsenden Mehrauslagen zu sorgen. Die Gesamtsumme dessen, was wir während eines einzigen Haushaltsjahres so an vorenthaltenen Zuschüssen oder Mehrbelastungen zu tragen haben, beläuft sich auf mehr als 100 Millionen Kronen. Ich erinnere vor allem an die uns von seiten der Regierung 1938 eingestellte Zuteilung aus dem Ertrag der Hauszinssteuer, die der Stadtgemeinde Prag eine Einnahme von rund 60 Millionen sicherte. Zum anderen schuldet uns der Staat eine Reihe von Zuschüssen für die Erhaltung des reich entfalteteten Prager Schulwesens. Zum dritten erwachsen der Gemeinde aus der Bestreitung der Luftschutzfürsorge Ausgaben, die für das heurige Jahr ungefähr 15 Millionen betragen, ohne dass wir hiefür die Möglichkeit einer Bedeckung besäßen, da der Staat keine irgendwie gearteten Zuschüsse leistet und keine Sonderabgabe für diesen speziellen Zweck besteht. Für das während der Kriegszeit notwendig gewordene Preis- und Verpflegswesen hat die Stadtgemeinde über Regierungsauftrag ein grosses Amt mit einer Fülle von Kräften einrichten müssen, ohne dass für diesen Zweck auch nur der geringste Zuschuss des Staates erfolgt. Ja es geht sogar so weit, dass die von unserem Preisamte verhängten Straf gelder der Staatskasse zugeführt werden müssen. Aus diesen wenigen Hinweisen erhellt bereits, in eine wie ungünstige Situation die Stadt Prag wegen der durchaus ablehnenden Einstellung der Protektoratsregierung zur Hauptstadt kommen muss. Wenn das Ergebnis der Vorsprachen bei Eliáš wie auch Hácha war bisher gleich Null. Es liegt auf der Hand, dass die Stadt Prag viele Aufgaben z.B. rein kultureller Natur dann nicht erfüllen kann, wenn ihr mehr als 100 Millionen Kronen jährlich nur auf dieser Seite vorenthalten werden. Dazu gesellen sich noch andere Erscheinungen, die gleichfalls an die Einnahmeseite der Stadt rühren. So ist immer wieder aus den Kreisen des Gast- und Hotelgewerbes gegen den Bestand einer Gemeindesteuer für vorübergehenden Aufenthalt gekämpft worden. Diese Abgabe wirft immerhin der Stadt jährlich an die 3 Millionen Kronen ab. So sehr ich einsehe, dass durch den Bestand dieser Abgabe der Fremdenverkehr nicht gerade gefördert wird, ebenso wenig sind wir im Augenblick



65156

in der Lage, an die Beseitigung solcher Abgaben zu denken, solange uns die genannten ganz grossen Einnahmsposten vorenthalten werden. Mit der Vergnügungssteuer verhält es sich ganz ähnlich. Hier reissen die Gesuche und Bestrebungen, sie gänzlich abzuschaffen, überhaupt nicht ab. Dazu kommt noch, dass die Abgabe für jene Filme, die nicht als künstlerisch und kulturell wertvoll bezeichnet werden, in der letzten Zeit nur deswegen ganz katastrophal zusammenschumpfen, weil von der Filmzensur in ganz unbegreiflicher Weise der grösste Filmschmarrn, der weder mit Kunst noch Kultur etwas zu tun hat, als künstlerisch und kulturell wertvoll deklariert und damit von der Vergnügungssteuerabgabe befreit werden. Die Unmöglichkeit dieses Zustandes empfinden wir nicht nur in Prag - ich habe eine eingehende Eingabe auf Grund konkreten Materials an das Amt des Herrn Reichsprotectors Abteilung Kulturpolitik gerichtet -, sondern ebenso in den übrigen Städten des Protektoratsgebietes. Diesem Prager Zustand ist dann entgegenzuhalten, dass die Gemeinden des Reiches über Einnahmen verfügen, die wir überhaupt nicht kennen. Ich denke dabei in erster Linie an die Bürgersteuer. Für das gesamte Luftschutzwesen trägt im Reiche das Reich die Hauptlasten. Schon aus diesen wenigen Andeutungen - ich habe soeben unsere Studienabteilung beauftragt, eine eingehende Denkschrift über den Unterschied des Finanzsystems und der den Gemeinden übertragenen Aufgaben im Reich und bei uns auszuarbeiten - ergibt sich zwingend, dass hier rascheste Abhilfe nottut, wenn Prag jene Pflichten erfüllen soll, die man billigerweise an eine Millionen^{stadt} Hauptstadt stellen kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass z.B. die Stadt Frankfurt a.M. für kulturelle Zwecke jährlich 30 Millionen Kronen verausgabt, für die bei uns kaum 3 Millionen Kronen zur Verfügung stehen, obwohl Frankfurt nur die Hälfte der Einwohnerzahl Prags besitzt. Wir haben die feste Absicht, diese Fragen der Prager Gemeindefinanzen nichtmehr zur Ruhe kommen zu lassen und durch neuerliche Vorsprachen bei der Protektoratsregierung, vor allem aber beim Amte des ^{Herrn} Reichsprotectors, dessen Unterstützung ich schon heute sehr erbitte, zur Lösung zu bringen.

In diesem Zusammenhang darf gewiss die in den letzten zwanzig Jahren eingehaltene Personalpolitik der Prager Gemeinde mit berührt werden, weil gerade durch sie eine ungeheure Ueberfütterung des Verwaltungsapparates der Stadtgemeinde mit Kräften erfolgt ist. Diese Ueberfüllung, die sich in der ungefähren Ge-

62a

samtzahl von 24.000 städtischen Bediensteten ausdrückt, rückt in ein umso eigentümlicheres Licht, als bei der Stadt nur eine sechsstündige Arbeitszeit und in den meisten Fällen einfache Frequenz eingeführt ist. Um die Arbeitsintensität ist es bei den Gemeindebediensteten nach allgemeiner Anschauung sehr schlecht bestellt. Eine Arbeitszeit von sechs Stunden wird wohl auch durch den verbissensten marxistischen Gewerkschaftssekretär kaum als angemessene tägliche Arbeitsleistung angesehen werden können. Es wird daher ernsthaft erwogen werden müssen, wie in der nächsten Zeit eine entscheidende Verringerung des Gemeindepersonals erzielt werden kann, damit die Personalauslagen der Stadt trotz der niedrigen Gehälter im einzelnen keine geradezu schwindelhafte Höhe erreichen. Bei halbwegs anständiger Bezahlung wird es möglich sein, von jedem Einzelnen eine den Reichsverhältnisse angemessene Arbeitsleistung zu ^{verlangen} vollbringen, und damit auch das Gemeindebudget nach der personellen Seite hin nicht unerheblich zu entlasten. Die jetzt wieder in Angriff genommene Pensionierung der über 55 Jahre alten Gemeindebediensteten zeigt gewiss einen der möglichen Wege auf, der hiebei beschritten werden könnte. Zum anderen müsste erwogen werden, ob nicht eine Reihe von Gemeindeangestellten in andere Wirtschaftszweige z.B. Industrieunternehmen oder in handwerkliche Betriebe überführt werden können. Denn die allermeisten sitzen nur deswegen in Prager Gemeindediensten, weil sie einstens durch die mit einander rivalisierenden tschechischen politischen Parteien kraft des berüchtigten Parteienschlüssels aufgenommen wurden. Es wird demnach dabei bleiben müssen, dass in Zukunft Tschechen in die Stadtverwaltung nichtmehr eingestellt werden können. Durch die eben in Angriff genommene Pensionierung wird nunmehr auch an führenden Stellen Raum für deutsche Kräfte geschaffen. Ich möchte nur die wesentlichsten Stellen nennen, für deren Besetzung wir Deutsche nunmehr zu sorgen haben werden. Soeben ist der Leiter der Präsidialkanzlei Zentral-Magistratsrat Dr. Kremlička auf Urlaub gegangen, von dem er nichtmehr zurückkehren wird. Die Verhandlungen mit Primator Klapka wegen der Neubesetzung brachten zunächst zum Vorschein, dass dieser längst zwei Tschechen dafür in Aussicht genommen hat, während ich unbedingt Wert darauf legen muss, dass diese wesentliche Stelle, die für die Ueberwachung des Verkehrs in der Präsidialkanzlei und der Umgebung Klapkas von entscheidender Bedeutung ist, mit einem Deutschen besetzt wird. Ich habe daher für diesen



65155

Posten Magistratsrat Dr. Krug vorgeschlagen, der derzeit keine Kanzlei leitet. Klapka hat darauf hin die ganze Angelegenheit an den Landespräsidenten abgetreten, der hier vermitteln soll. Nach einer Rücksprache mit dem Oberlandrat von Prag glaube ich indessen die Gewissheit zu besitzen, dass Dr. Krug ernannt werden wird. Zum andern ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit, als Direktor des technischen Dienstes für den in Pension gehenden Zentralmagistratsrat Cozl einen deutschen Kandidaten ausfindig zu machen. Ich habe mich deswegen vor allem mit dem Präsidenten der Planungskommission, Landesrat Niemeyer, in Verbindung gesetzt, damit er mir geeignete Vorschläge mache. Herr Ministerialrat Fuchs, der sich dankenswerter Weise der Prager Verhältnisse sehr stark annimmt, hatte die Freundlichkeit, auf einen süddeutschen Kandidaten hinzuweisen. Es wird aber auch die Frage akut, ob Magistratsrat Morway weiterhin Direktor des politischen Dienstes bleiben kann. Er hat mir während der letzten Monate namentlich in Sprachensachen, gewiss nicht ohne unmittelbares Einverständnis und vielfach auch auf Weisung des Primators, so viele Schwierigkeiten gemacht, dass ich ihn an dieser Stelle für vollkommen untragbar halte. Nun sitzt hinter Morway wohl der deutsche Magistratsrat Dr. Jurina, der an sich sehr befähigt und auch an anderer Stelle verwendbar ist. Ich bin mit Herrn v. Watter durchaus auch der Meinung, dass für diese entscheidende Stelle im Verwaltungsapparat der Stadt ein hochqualifizierter Beamter, am besten des Sudetengaus, gewonnen werden müsste, der die frühere tschechische Rechtsentwicklung ebenso beherrscht, wie das deutsche Recht. Denn allen Anzeichen nach dürfte doch die Hinwendung zum deutschen Recht nunmehr auch in Prag rascher als bisher vorwärts schreiten und gerade dafür wäre der Einsatz eines Kenners des deutschen Rechtes sehr von Nöten. In weiterer Sicht wird aber auch daran zu denken sein, für die Leitung der Direktion des Wirtschaftsdienstes und des Gesundheitsdienstes eine deutsche Kraft zu gewinnen. Namentlich bei dem Stadtphysikus Hrdlička wird diese Frage brennend, da er das 55. Lebensjahr erreicht hat. Da nunmehr, wie ich hörte, der Augenblick zu kommen scheint, in dem wenigstens die deutschen Angestellten der Stadt eine den Reichsverhältnissen entsprechende Gehaltsaufbesserung erfahren sollen und damit ihre Rechtsangleichung an die Reichsbeamten und Angestellten spruchreif wird, bin ich mit dem Oberlandrat von Prag dahin übereingekommen, dass vor allem die

14.11.1938



63a

ungen deutschen Juristen in der Stadtverwaltung, die bisher noch keine längere juristische Praxis aufzuweisen haben, es sind deren 14, umgehend Landräten oder anderen Regierungsstellen des Sudetengaus zugeordnet werden, damit sie dort nach entsprechender Einarbeitung den Assessorgrad erwerben. Im Uebrigen teile ich durchaus die Ansicht, dass mit der Aufnahme von Handwerkern in die städtischen Dienste zu Gunsten der Ausbildung eines bodenständigen deutschen Handwerks äusserst vorsichtig vorgegangen werden muss. In diesem Zusammenhang darf ich die gewiss erfreuliche Mitteilung machen, dass mit 1. Juli d.J. Dr. Algermisen in die Dienste der Stadt eintritt und die Leitung der gesamten Geschlechtskrankheitenabteilung im städtischen Physikat übernimmt. Weiters ist es mir gelungen, für den gleichen Termin Dozent Dr. Schreiber für das städtische Archiv zu gewinnen, dessen Leitung er nach dem im Herbst abgehenden Prof. Vojtíšek übernehmen soll. Schreiber ist fachlich eine glänzend qualifizierte Kraft, sodass ihm diese Aufgabe mit allem Grund anvertraut werden kann. Ebenso denke ich daran, den Obermagistratsrat Dr. Formánek, der derzeit das wesentliche Amt der städtischen Kleinbetriebe verwaltet, durch den deutschen Assessor Dr. Seidel - er ist derzeit im Preis- und Verpflegsamt leitend tätig - auflösen zu lassen. Durch die Verhaftung des zweiten technischen Referenten Borkovec durch die Gestapo ergab sich überdies die Möglichkeit, einen neuen Personalvorschlag für die Neubesetzung zu erstatten, wobei Klapka für einen Architekten Hudec und ich für meinen längeren Mitarbeiter Arch. Koloschek eintrat. Auch diese Angelegenheit wurde an den Landespräsidenten zur Vermittlung weitergeleitet und ich hege auch hier nach Rücksprache mit dem Oberlandrat die Hoffnung, dass der deutsche Kandidat ernannt wird. Damit befänden sich dann in deutscher Hand fünf Referate von insgesamt 18 u.zw. die städtischen Kleinbetriebe /Klein/, das städtische Preis- und Verpflegsamt, das gleichfalls von Klein verwaltet wird, die Gasanstalt /Schicketanz/, Altmaterialbewirtschaftung /Huf/, zweites technisches Referat /Koloschek/. Erfreulicherweise schreiten die Arbeiten der Planungskommission gut vorwärts. Gerade hiefür benötigt Landesrat Niemeyer immer wieder Experten aus dem Altreich, deren Honorierung wir bisher gern getragen haben, auch wenn es sich dabei um Summen handelte, die für unsere Verhältnisse sehr hoch gegriffen waren. Dennoch glaubte ich die Bedingungen in einigen Punkten ablehnen zu müssen, die uns ein von Herrn Niemeyer warm empfohlener und gewiss



65154

qualifizierter Gartenarchitekt stellte, den wir als entscheidenden Berater für die Neugestaltung des gesamten Park- und Gartenwesens für ein bis eineinhalb Jahre verpflichten möchten. Dafür forderte er jährlich 10.000 RM an Honorar, ferner die Reisekosten 2. Klasse und Schlafwagen Potsdam - Prag und zurück, sowie die Nebenkosten, soweit sie ihm durch Zu- und Abgang, Gepäck und Uebernachtung entstehen, ueberdies eine tägliche Entschädigung für den Reise- und Arbeitstag von RM.30.- . Dafür wollte er sich verpflichten, monatlich mindestens 3 Tage d.h. jährlich mindestens 36 Tage, der Planungskommission und den städtischen Aemtern in Prag zur Verfügung zu stehen. Solche Honorarforderungen sind im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Lage der Stadt für uns untragbar und es täte mir leid, wenn uns gerade aus diesem Grunde wertvolle deutsche Hilfe aus dem Altreich vorenthalten bleiben sollte. Mein bisheriges Bemühen zielte nicht nur darauf ab, die engere Stadtverwaltung und ihre Unternehmen mit Deutschen einigermaßen zu durchsetzen, sondern auch die von der Stadt abhängigen Geldinstitute von deutschen Kräften überwachen zu lassen. Es ist mir in diesem Bereiche gelungen, in die Prager städtische Sparkasse drei deutsche Beamte, darunter Herrn Graf als stellvertretenden Direktor, in die Weinberger Sparkasse einen deutschen Beamten und ein deutsches Direktionsmitglied, in die Prager städtische Versicherungsanstalt, Stadtvertreter Ing. Winarsky ^{eben} ~~soeben~~ als Direktor, Rechtsanwalt Dr. Künzl in den Verwaltungsrat und in die Allgemeine Prager Asskuranz A.G. Prof. Richter gleichfalls als Direktor durchzusetzen. Ich strebe nunmehr noch dahin, in den einen oder anderen Verwaltungsausschuss der genannten Institute deutsche Kandidaten unterzubringen. So vor allem in die Prager städtische Sparkassa, wo das bisherige deutsche Mitglied Miltiades Kotrba, ~~einer~~ alter Prager Demokratenhäftling, auf mein Drängen sein Amt soeben niedergelegt hat. Durch dieses planmässige allseitige Ausgreifen wird es, wie ich glaube, in verhältnismässig kurzer Zeit möglich sein, wichtige Schlüsselstellungen der Stadt mit Deutschen zu besetzen.

Im Bereiche der von der Stadt für deutsche Zwecke geplanten Neubauten ist insoferne eine erfreuliche Klärung eingetreten, als nunmehr durch den deutschen Schulinspektor die Programme für die deutschen Schulneubauten in Prag XVI und XIX überreicht wurden. Ich hoffe, dass nunmehr durch das Arbeits- und Schulministerium die Projekte tunlichst umgehend ausgeschrieben

64a

werden. Von der HJ sind bei der Gemeinde Pläne für die Ausgestaltung von fünf HJ-Heimen eingereicht worden, deren rascheste Verwirklichung ich betreibe. Leider vermag ich trotz Vorlage der entsprechenden Bauwünsche der HJ für die Errichtung eines HJ-Heimes und einer Jugendherberge auf der Schützeninsel, über diese wichtige Bauangelegenheit deswegen noch nichts abschliessendes auszusagen, weil die Gestapo zu einem von mir übermittelten Vorschlag der Stadt noch keine Stellung genommen hat. Unser Vorschlag geht dahin, dass der Hitlerjugend ein ähnliches Servitutsrecht für die Schützeninsel eingeräumt wird, wie es seinerzeit die Nationalgarde besass. Wir benötigen dazu nur die Zustimmung der Gestapo und es wären dann alle Voraussetzungen für den Bau der genannten Heime gegeben. Eine nicht unwesentliche Neuerung im gesamten Bauwesen der Stadt bedeutet die auf deutsche Anregung hin erfolgte Einrichtung einer Ueberwachungs- und Kontrollstelle für das gesamte Bauwesen. Sie ist Arch. Schicketanz unterstellt worden, der vor allem durch verlässliche deutsche Beamte die Kontrolle in ganz Prag durchführen lässt. Sie ist deswegen erforderlich, weil die Tschechen noch immer mit Hilfe nicht angemeldeter Metallvorräte im Gegensatz zu den bestehenden Vorschriften Bauten durchführen, ja an manchen Stellen sogar Bauten errichten, ohne dass sie eine Bauerlaubnis der Gemeinde erwirkt haben. Dieser Missbrauch, der sich auch auf die Errichtung unerlaubter Buden und wochenendartiger Häuschen an den Moldaufern erstreckt, ist nur möglich, weil bisher die Stadt als Baubehörde keine entsprechenden exekutiven Mittel zur Verfügung hatte. Delikte in dieser Richtung konnten höchstens mit 600.- K, demnach einer lächerlich geringen und unwirksamen Summe betrafft werden. Wir unternahmen soeben Schritte beim Landespräsidenten, damit uns endlich entsprechende Strafsanktionen zur Verfügung stehen. Endlich sind uns von der NS-Turngemeinde entsprechende Pläne für die Neugestaltung des deutschen Sportplatzes bei der Kaisermühle eingebracht worden, für deren Verwirklichung ungefähr eine halbe Million Kronen erforderlich sind. Ich habe grundsätzlich zugesagt, dass diese Summe von der Stadt beigestellt werden wird, unter der Bedingung, dass die zu errichtenden Kabinen u.s.w. Eigentum der Stadt bleiben. Auch gedenken wir das Gelände des Sportplatzes des Landes Böhmen von der Stadt aus zu erwerben, sodass uns das ganze Objekt gehören wird, das wir dann für einen tragbaren Anerkennungs zins der NS-Turngemeinde übergeben können.



65153

Leider bemühen sich HJ und DAF trotz wiederholter Hinweise von unserer Seite viel zu wenig um die Gewinnung entsprechender Sportplatz- und Schrebergartengelände. Die Tschechen kommen uns dabei mit ihrer Radost ze Života, die bereits eine grosse Zahl von Sportplätzen in der Stadt errichtet hat, weit zuvor. So bedauere ich vor allem auch ausserordentlich, dass in Sachen der sogenannten Kaiserwiese gegenüber dem Wischegrad zu Gunsten der Deutschen sich noch kein Ergebnis eingestellt hat. Ich habe seinerzeit in einer Beratung der interessierten deutschen Sportkreise einschliesslich Dr. Grunds vom Amte des Herrn Reichsprotectors auf die Notwendigkeit hingewiesen, umgehend mit dem Arbeitsministerium von seiten des Amtes des Herrn Reichsprotectors in Verbindung zu treten, damit diese dem Staate gehörende Insel deutschen Sportzwecken zugeführt wird. Leider ist mir bisher nichts von einem Ergebnis bekanntgeworden. Da es sich hier um keinen städtischen Grund dreht, vermag ich von meiner Seite leider nichts anderes zu tun, als immer wieder auf die Notwendigkeit des Erwerbes dieser Insel, nicht zuletzt als Aufmarsch- und Übungsgelände für die Gliederungen der Partei, nachdrücklichst hinzuweisen. Mit der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Holleschowitz dürfte es nunmehr zu einem Arrangement kommen, das der Stadt die Möglichkeit gibt, mit ihrer Hilfe den Volkswohnungsbau rascher als bisher vorwärts zu treiben.

Soeben haben heute die Prager Elektrizitätswerke der Neukonstituierung der Zentral-Elektrizitätswerke und dem Stromlieferungsvertrag zugestimmt, die vor allem auf Wunsch des Reiches und der Berliner Elektrowerke vorgeschlagen waren. Damit wird das städtische E-Werk eng an das Reich angeschlossen, ohne dass dabei seine bisherige bevorzugte Stellung im Strombezug und Strompreis nennenswert berührt wird. Ich darf hier gewiss dankbar anerkennen, dass die tschechischen Unterhändler das volle Verständnis, das die Vertreter des Reiches bei den Verhandlungen für die Stellung Prags bewiesen, hervorheben, um im Gegensatz dazu nicht stark genug die Verständnislosigkeit der Protektoratsbehörden für die Bedürfnisse Prags zu unterstreichen.

Endlich ist nunmehr ein Erlaas des Innenministeriums eingetroffen, der diesmal in erschöpfender Weise die Beseitigung aller an das frühere Regime erinnernden öffentlichen Denkmäler, Inschriften u.s.w. anordnet. Damit ist ein von mir seit langem geäussert Wunsch nach Reinigung der Amtsstuben und öffentlichen Plätze von längst Ueberlebtem und Untragbarem in Erfüllung gegangen.



52170

Gleichzeitig stelle ich mit Genugtuung fest, dass dank der Initiative des Herrn Staatssekretärs die Umbenennung und Verdeutschung der Prager Plätze-, Strassen- und Gassenamen durchgeführt worden ist. Damit ist ein Werk zum Abschluss gekommen, das von meiner Seite bereits im April des Jahres 1939 in Angriff genommen und bis zu Vorschlägen für die Umbenennung und Verdeutschung für Prag I und II an das Amt des Herrn Reichsprotectors bis Ende August vorwärts getrieben und dann durch dieses Amt selbst für ganz Prag verwirklicht wurde. Als Vertreter der Selbstverwaltung lege ich Gewicht auf die Feststellung, dass ich an dem Fortgang der Arbeiten, die durch eine Fachmännerkommission unter Leitung von Herrn Ing. Zankl durchgeführt wurden, nicht nur ein platonisches Interesse genommen habe, sondern auch eine Fülle von praktischen Vorschlägen und Anregungen gab. Ist damit eine sichtbare Umwandlung im Aeussern Prags erfolgt, so war es mein Bemühen, während des letzten Monats einen weiteren Kreis über die Notwendigkeit einer Neueinstellung zu Prag und seiner Geschichte von meinem Standpunkt aus zu unterrichten. Der NS-Lehrerbund hat dankenswerterweise eine Arbeitsgemeinschaft, "Das deutsche Prag" geheissen, gebildet, in deren Rahmen ich vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft über Forschungsaufgaben im deutschen Prag sprechen konnte. Die Pläne, die ich dort entwickelte, sollen ein Programm für all die heimatkundlichen Arbeiten sein, die wir Deutschen für und um Prag zu leisten haben. Gerade dass ich Dozent Schreiber für das Prager Stadtarchiv gewinnen konnte, ist mir Gewähr dafür, dass nunmehr auch von dieser wichtigen Forschungsstätte aus die Erforschung der Geschichte Prags im deutschen Sinne geleitet wird.

An Propagandarbeiten im deutschen Sinn für Prag hat es bisher nicht gefehlt. Ich darf bei dieser Gelegenheit gewiss einmal auf die erspriesslichen ~~Arbeiten~~ hinweisen, die wir für die Fremdenverkehrswerbung und die Werbearbeit Prags überhaupt geleistet haben. Herr Skowronek, der mit der Betreuung dieser Angelegenheiten beauftragt ist, hat sich redlich Mühe darum gegeben, die Fremdenführer Prags umzuschulen, die in grosser Zahl Prag aufsuchenden Wehrmachtsangehörigen und anderen Gruppen zu betreuen und mit allen Stellen in Verbindung zu treten, die an Prag ein Interesse haben. Skowronek kehrte soeben von einer Fahrt nach Frankfurt und München zu zurück, wo er die Einrichtungen des Fremdenverkehrs studierte. Als Ergebnis darf ich feststellen, dass wir uns mit aller Entschiedenheit an das Münchner Beispiel



anlehnen wollen. Oberbürgermeister Fiehler von München liess mir mitteilen, dass er an den Prager Verhältnissen regsten Anteil nehme und uns schon demnächst zu einem Besuche Münchens einladen werde.

In diesem Zusammenhang darf ich, wie üblich, anführen, dass die Stadt an der Veranstaltung der BdM Wimpelweihe für den gesamten Sudetengau sich dadurch beteiligte, dass sie die notwendigen Bauarbeiten und die Ausschmückung weitgehend auf eigene Kosten durchführte. Das gleiche geschah während der SS-Wettkämpfe, für die ich selbst einen Ehrenpreis für die Stadt stiftete. Ein Betriebsausflug, den die deutschen Stadtangestellten veranstalteten, gab mir das Bewusstsein, dass dieser Menschenkreis, der derzeit auf ungefähr 300 Köpfe angewachsen ist, allmählich zu einer festeren Gemeinschaft zusammenwachsen wird.

Schliesslich sollen einige Hinweise auf das Verhalten und die Stimmung der Tschechen nicht fehlen. Zunächst geriet in diesen letzten Wochen Primator Klapka wegen seiner Ansprache an Reichsleiter Rosenberg sehr stark in die Enge. Obwohl ihm gerade deswegen ^{der} Herr Staatssekretär den Kopf gründlich zurecht gerückt hatte, zeigte er doch, wie die Frankfurter Reise bewies, kaum Anzeichen für einen Sinneswandel. Schon die Art, wie sich die Tschechen, die mit nach Frankfurt fahren, auf der Reise verhielten, war mehr dem bezeichnend. Wo immer sie im Altreichsgebiet konnten, sprachen sie uns hiesige Deutsche tschechisch an, obwohl sie alle das Deutsche beherrschen und wir Parteiuniformen trugen. Auf der langen Fahrt von Dresden bis Frankfurt glaubten sie sich trotz schönsten Sommerwetters keiner anderen Tätigkeit hingeben zu sollen als dem Kartenspiel. Damit brachten sie ihre wahren Gefühle ebenso zum Ausdruck, wie die Prager Bevölkerung, die trotz der glänzendsten deutschen Siege und trotz aller Glückwunschtelegramme Háchas ihre Häuser erst dann beflaggte, als es ausdrücklich und scharf anbefohlen wurde. Auch die Androhung scharfer Strafsaktionen durch den Herrn Staatssekretär gegenüber Klapka für den Fall der nicht sofortigen und restlosen Durchführung der Strassenverdeutschung und Umbenennung gab ihm im Grunde nur Anlass zu vielen witzelnden Bemerkungen. Ich habe niemals verhehlt, dass ich gerade Klapka und seinen Helfern den Hauptstückpunkt eines gewissen tschechischen Rechtskampfes erblicke, den man mit allen Mitteln beleben möchte. Gerade deswegen gestaltet sich die Zusammenarbeit in vielem so quälend und unerfreulich und schleppend und der

66a

Bedenke, dass der Kopf beseitigt werden müsse, um die Voraus-
setzung für eine fruchtbare friedliche Arbeit zu schaffen, erhält
täglich neue Nahrung.

In dieser Zusammenhang darf ich mir erlauben zu sagen,
dass die Arbeit an der Veranstaltung der BDM Waisenkinder für den
gesamten Ostpreußen sich dadurch beteiligte, dass sie die notwen-
digen Bewerben und die Auszeichnung weitgehend auf eigene
Kosten durchführte. Das gleiche Geschehen während der 22-Wochen-
für die ich an dieser Stelle erwähnen möchte für die Stadt Mitterte-
den Betriebsausstellung, den die deutschen Hochschullehrer veranlas-
tet, gab mir das Bewusstsein, dass dieser Waisenkinder, der
bereits auf ungefähr 500 Köpfe angewachsen ist, schließlich zu
einer weiteren Gemeinschaft zusammenwachsen wird.
Schließlich sollen einige Hinweise auf das Verhalten
und die Stimmung der Deutschen nicht fehlen. Zunächst gelang es
diesem letzten Wochenkristall Klappes wegen seiner Ansprache an
Reichsleiter Rosenberg sehr stark in die Länge. Obwohl ihm gerade
bevorstand Herr Staatssekretär für Kopf schließlich erweicht gerückt
hatte, sagte er doch, was charakteristisch für seine Haltung, kann
ausdrücken für einen Mann, der schon das ist, wie sich die
Forscher, die mit nach zu führen, auf das Folie verhalten
war mehr dem Besonderen. Wo immer sie im literarischen Kontext
sprachen sie aus mit Deutsche sachlich an, obwohl sie alle
den Deutsche bezeichnen und die Teilnahmeformen tragen. Auf der
langen Fahrt von Dresden die Krankheit klappten sie sich trotz
schweren Sommerwettere keiner anderen Tätigkeit hingeben zu
sollen als dem Kartenspiel. Damit sprachen sie ihre wahre Gefühl
ebenso zum Ausdruck, wie die Frage Bevölkerung, die trotz der
gleichmütigen Deutschen Stille und trotz aller Gleichmütigkeits-
Nähe ihre Häuser erst dann belagerte, als es unabweislich und
schon annehmen wurde. Auch die Androhung schwerer Strafsakto-
nen durch den Herrn Staatssekretär gegenüber Klappa für den Fall
der nicht sofortigen und rastlosen Durchführung der Straßensper-
re und Umbenennung gab ihm im Grunde nur Anlass zu vielen
wunderbaren Bemerkungen. Ich habe niemals verheißt, dass ich gerade
Klappa und seinen Helfern den Kopf beseitigen sollte, sondern
fachmännischen Rechtskämpfer erzielte, den man mit allen Mitteln
beiden möchte. Gerade deswegen gestattet sich die Zusammenarbeit
in vielen so gutem und unorthodoxem und schmerzhaft und der



65151

67

Nr. 43-13
Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen
und den Gegenstand bei weiteren Schreiben
anzugeben.

p e r s ö n l i c h

An

Herrn Unterstaatssekretär Dr. von Burgsdorff

i n P r a g .

Sehr verehrter Herr Unterstaatssekretär !

Indem ich auf meinen mündlichen Vortrag betr.
Personalpolitik der Hauptstadt Prag Bezug nehme, erlaube
ich mir, Ihnen anbei eine Niederschrift über meine gestern
gehabte Besprechung mit Primatorstellvertreter Prof. Pfitz-
ner persönlich zu übersenden. Ich glaube, dass damit die
wichtigsten Fragen geklärt sind und die Personalpolitik
allmählich in unserem Sinne umgestaltet werden kann. Wegen
der Frage der Herausnahme der jungen Juristen, die mir
-im Interesse der Leute selbst- sehr am Herzen liegt, wer-
de ich mich mit Ihren Referenten noch in Verbindung set-
zen.

62120

Handwritten notes:
Hail Kille!
Ihr ganz ne. geb. ...
K. H. Walter.

2876

fr. Prator

Handwritten notes:
m. s. b. von K...
j...
K...
...
Personalpolitik befaßt

b

Prag, den 26. Juni 1940.

Nr. 43.13

Aktenvermerk

über die Besprechung mit Primatorstellvertreter Professor Pfitzner - Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag betreffend - vom 25. Juni 1940.

I. Nach eingehender Aussprache mit dem deutschen Primatorstellvertreter über die künftige Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag wurden folgende Grundsätze als bindend festgelegt:

1./ Auf einen Abbau der stark übersetzten Verwaltung bei der Hauptstadt Prag /in der Hauptverwaltung allein 12.855 Beamte und Angestellte- ohne Wirtschaftsbetriebe- / muss unter allen Umständen hingewirkt werden. Es muss schon jetzt erreicht werden, dass die systemisierten Stellen nicht voll besetzt werden und dass auf alle freiwerdenden Stellen nur Deutsche gebracht werden. Mit dem Landesamt werde ich Fühlung nehmen, um auf einen weiteren Abbau von Beamten in der Stadtverwaltung -insbesondere bei den Konzeptsbeamten /über 200/ hinzuwirken.

2./ Die Schlüsselstellungen sind mit Deutschen zu besetzen. Zu diesem Zwecke wird dem Antrag des Primatorstellvertreters Dr. Pfitzner, auf den Posten des Präsidialchefs vorläufig Magistratsrat Dr. Krug zu bringen, stattgegeben. Eine endgültige Lösung kann erst dann erfolgen, wenn feststeht, ob Dr. Krug sich bewährt und ob nicht nach dem Kriege ein noch geeigneterer Beamter aus dem Sudetenland für diesen wichtigen Posten gefunden werden kann. Verhandlungen mit Reichenberg werde ich sofort aufnehmen. Da Primator und Primatorstellvertreter sich über die Besetzung des Postens nicht einig werden können, liegt die Entscheidung bei der Landesbehörde, die an meine Zustimmung gebunden ist. Ich werde im Sinne des Antrages des Primatorstellvertreters entscheiden, allerdings mit der Einschränkung, dass Dr. Krug hur kommissarisch die Stelle ausfüllt.

3./ Der Posten des Leiters des politischen Dienstes /jetzt besetzt von Obermagistratsrat Morwey/ muss sobald wie

*24 kannen A Pring
nicht 24 geht
aber alle Vorpost
gründung für
nichtig.
1. Verfahren
an allem!*

01170



868a

Prag, den 26. Juni 1940.

Der Oberlandrat

möglich in deutsche Hand gebracht werden. Solange jedoch ein erstklassiger Mann für diese Schlüsselstellung nicht zur Verfügung steht, ist ~~von~~ Morwey zunächst zu belassen. Mit dem Reichsstatthalter in Reichenberg soll auch in dieser Frage Fühlung genommen werden.

4./ Als Leiter der Städtischen Kleinbetriebe /Markthallen usw./ ist der zZt. beim Preis- und Verpflegungsamt beschäftigte deutsche Assessor Dr. Seidel vorgesehen. Er scheint hierfür geeignet und wird zu gegebener Zeit dem Primator als Leiter des nicht unwichtigen Postens vorgeschlagen werden.

5./ Der derzeitige Leiter des deutschen Personalamtes Frömmel ist nicht besonders geeignet und bei der deutschen Gefolgschaft auch reichlich unbeliebt. Wir sind übereingekommen, ihn bei Gelegenheit zu versetzen und zu versuchen, ihm das Konskriptionsamt der Stadt Prag zu übertragen.

*in Primator
abstellen
muss
keine
müssen*

6./ Als Stadtbaudirektor der Hauptstadt Prag kann nur ein ganz besonders qualifizierter Fachbeamter des Reichs in Frage kommen. Derselbe muss engstens mit Präsident Niemeyer zusammenarbeiten, weshalb es zweckmässig erscheint, Niemeyer selbst gewisse Vorschläge hinsichtlich der Besetzung dieser Stelle machen zu lassen. Tschechische Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich.

7./ Im Kontrollamt der Stadt Prag ist ein junger deutscher Jurist, Dr. Neubauer, tätig. Da er an einen leitenden Posten ohne die nötige praktische Ausbildung nicht kommen kann, wurde vereinbart, ihn möglichst bald in das Reich oder das Sudetenland zur Ausbildung zu schicken.

8./ Auf den Posten des Direktors des Wirtschaftsdienstes /bis jetzt besetzt mit Obermagistratsrat Prochazka/ soll nach dem Kriege möglichst auch ein Deutscher kommen; jedoch nur ein Mann mit erstklassigen Kenntnissen und grosser Erfahrung.

II. Von den 17 ehrenamtlichen Referenten der Hauptstadt Prag sind bereits 4 in deutscher Hand u. zw. Referent für das Gaswerk, Pg. Schicketanz, für den Schlachthof Pg. Klein, Referent für das Preis- und Verpflegungsamt Pg. Klein,



65149

Handwritten notes in blue ink, including 'Herrn Dr. Seidel', 'Herrn Dr. Frömmel', 'Herrn Dr. Neubauer', 'Herrn Dr. Prochazka', 'Herrn Dr. Schicketanz', 'Herrn Dr. Klein', 'Herrn Dr. Frömmel', 'Herrn Dr. Prochazka', 'Herrn Dr. Schicketanz', 'Herrn Dr. Klein'.

Referent für die Altmetallverwertung Pg-Huf. Der freiwerdende Posten des zweiten technischen Referenten soll ebenfalls mit einem Deutschen u. zw. mit Pg. Kollošek besetzt werden. Weiter ist anzustreben die Ausbootung des derzeitigen Personalreferenten Nestaval, der gleichzeitig Kreisleiter des Národní souručenství von Grossprag ist. Ein geeigneter Deutscher soll schon jetzt dafür ausgesucht werden. Ein Drittel der Referentenstellen wäre dann in deutscher Hand.

Ja!

III. Die von Primatorstellvertreter eingestellten jungen deutschen Juristen /ungefähr 16/ sollen möglichst sofort zur Ausbildung in das Reich oder in das Sudetenland geschickt werden. In Frage käme eine Ausbildung als deutsche Referendare mit Zustimmung der Reichsministers des Innern oder zumindest eine halbjährige Tätigkeit als Angestellte bei einem Landrat im Sudetenland. Ohne Kenntnis des deutschen und tschechischen Verwaltungsrechtes kann eine Tätigkeit dieser Leute bei der Stadt Prag -noch dazu in ganz untergeordneten Stellen- nicht verantwortet werden. Die Verhandlungen mit der Behörde des Herrn Reichsprotectors, des Reichsministers des Innern und eventuell mit dem Reichsstatthalter in Reichenberg werden von mir sofort aufgenommen.

IV. Von der Arbeitseinsatzabteilung des Oberlandratsamtes soll geprüft werden, ob die zZt. bei der Stadt Prag beschäftigten deutschen Handwerker, insbesondere die Facharbeiter nicht zweckmässigerweise in der Wirtschaft des Protektorats eingesetzt oder dem deutschen Handwerk wieder zugeführt werden können. Soweit sie ihrem Berufe entfremdet sind, sollen sie bei der Stadt bleiben; wenn möglich sollen sie ⁱⁿ den technischen Betrieben der Hauptstadt beschäftigt werden, um nicht länger als Schreiber tätig sein zu müssen.

Stärker?

V. Voraussetzung für die Einstellung wirklich tüchtiger deutscher Beamter ist die Lösung der Gehaltsfrage. Es wurde festgestellt, dass die Gewährung gewisser Ausgleichszuschläge an die deutschen leitenden Beamten unbedingtes Erfordernis ist und dass neu einzustellenden Beamten in dieser Richtung schon heute gewisse Versprechungen gemacht werden müssen. Eine als-

in verhandl.

82178

baldige Klärung dieser Frage beim Herrn Reichsprotector habe ich dem Primatorstellvertreter zugesagt.

VI. Im übrigen soll die Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag künftig nach einem genau festgelegten Plan erfolgen, der zum Ziele hat, die leitenden Posten baldigst frei zu bekommen und mit geeigneten und von uns vorher ausgesuchten, geschulten deutschen Beamten zu besetzen. Der Einbau der deutschen Beamten in die tschechische Verwaltung soll systematisch weiter vorwärts getrieben werden; damit wird auch eine Trennung der deutschen und tschechischen Verwaltung ein für allemal verhindert.

[Handwritten signature]



in das Reich oder in das Sudetenland geschickt werden. In Frage käme eine Ausbildung als deutsche Referendare mit Zustimmung der tschechischen Regierung oder zumindest eine halbjährige Tätigkeit als Angestellte bei einem Landrat im Sudetenland. Ohne Kenntnis des deutschen und tschechischen Verwaltungsrechtes kann eine Tätigkeit dieser Art bei der Stadt Prag - noch dazu an untergeordneten Stellen - nicht verantwortet werden. Die Verhandlungen mit der Behörde des Herrn Reichsprotectorats und Reichsministers des Innern und eventuell mit dem Reichsstatthalter in Reichenberg werden von mir sofort aufgenommen.

IV. Von der Arbeitseinstellung des Oberlandratsamtes soll geprüft werden, ob die bei der Stadt Prag Beschäftigten deutschen Handwerker, insbesondere die Handarbeiter nicht zweckmäßigerweise in der Wirtschaft des Protektorats eingesetzt oder dem deutschen Handwerk wieder angeführt werden können. Soweit sie ihrem Berufe ent Fremde sind, sollen sie bei der Stadt bleiben; wenn möglich sollen sie den technischen Betrieben der Hauptstadt beschäftigt werden, um nicht länger als Schreiber tätig sein zu müssen.

V. Voraussetzung für die Einstellung wirklich tüchtiger deutscher Beamter ist die Lösung der Gehaltsfrage. Es wurde fest- gestellt, dass die Gewährung gewisser Anwartschaftszulagen die deutschen leitenden Beamten unbedingtes Erfordernis ist und dass neu einzustellenden Beamten in dieser Richtung schon heute gewisse Versprechungen gemacht werden müssen. Eine als-

[Handwritten mark]

[Handwritten mark]

[Handwritten mark]

Prag, den 26. Juni 1940.

Nr. 43.13

Aktenvermerk
über die Besprechung mit Primatorstellvertreter Professor
Pfitzner - Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag betreffend-
vom 25. Juni 1940.

- I. Nach eingehender Aussprache mit dem deutschen Primatorstellvertreter über die künftige Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag wurden folgende Grundsätze als bindend festgelegt:
- 1./ Auf einen Abbau der stark übersetzten Verwaltung bei der Hauptstadt Prag /in der Hauptverwaltung allein 12.855 Beamte und Angestellte- ohne Wirtschaftsbetriebe-/ muss unter allen Umständen hingewirkt werden. Es muss schon jetzt erreicht werden, dass die systemisierten Stellen nicht voll besetzt werden und dass auf alle freiwerdenden Stellen nur Deutsche gebracht werden. Mit dem Landesamt werde ich Mühlung nehmen, um auf einen weiteren Abbau von Beamten in der Stadtverwaltung -insbesondere bei den Konzeptsbeamten /über 200/ hinzuwirken.
 - 2./ Die Schlüsselstellungen sind mit Deutschen zu besetzen. Zu diesem Zwecke wird dem Antrag des Primatorstellvertreters Dr. Pfitzner, auf den Posten des Präsidialchefs vorläufig Magistratsrat Dr. Krug zu bringen, stattgegeben. Eine endgültige Lösung kann erst dann erfolgen, wenn feststeht, ob Dr. Krug sich bewährt und ob nicht nach dem Kriege ein noch geeigneterer Beamter aus dem Sudetenland für diesen wichtigen Posten gefunden werden kann. Verhandlungen mit Reichenberg werde ich sofort aufnehmen. Da Primator und Primatorstellvertreter sich über die Besetzung des Postens nicht einig werden können, liegt die Entscheidung bei der Landesbehörde, die an meine Zustimmung gebunden ist. Ich werde im Sinne des Antrages des Primatorstellvertreters entscheiden, allerdings mit der Einschränkung, dass Dr. Krug nur kommissarisch die Stelle ausfüllt.
 - 3./ Der Posten des Leiters des politischen Dienstes /jetzt besetzt von Obermagistratsrat Morwey/ muss sobald wie

54120



0 40a
möglich in deutsche Hand gebracht werden. Solange jedoch ein erstklassiger Mann für diese Schlüsselstellung nicht zur Verfügung steht, ist ~~von~~ Morwey zunächst zu belassen. Mit dem Reichsstatthalter in Reichenberg soll auch in dieser Frage Fühlung genommen werden.

- 4./ Als Leiter der Städtischen Kleinbetriebe /Markthallen usw./ ist der zzt. beim Preis- und Verpflegungsamt beschäftigte deutsche Assessor Dr. Seidel vorgesehen. Er scheint hierfür geeignet und wird zu gegebener Zeit dem Primator als Leiter des nicht unwichtigen Postens vorgeschlagen werden.
- 5./ Der derzeitige Leiter des deutschen Personalamtes Frömmel ist nicht besonders geeignet und bei der deutschen Gefolgschaft auch reichlich unbeliebt. Wir sind übereingekommen, ihm bei Gelegenheit zu versetzen und zu versuchen, ihm das Konskriptionsamt der Stadt Prag zu übertragen.
- 6./ Als Stadtbaudirektor der Hauptstadt Prag kann nur ein ganz besonders qualifizierter Fachbeamter des Reichs in Frage kommen. Derselbe muss engstens mit Präsident Niemeyer zusammenarbeiten, weshalb es zweckmässig erscheint, Niemeyer selbst gewisse Vorschläge hinsichtlich der Besetzung dieser Stelle machen zu lassen. Tschechische Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich.
- 7./ Im Kontrollamt der Stadt Prag ist ein junger deutscher Jurist, Dr. Neubauer, tätig. Da er an einen leitenden Posten ohne die nötige praktische Ausbildung nicht kommen kann, wurde vereinbart, ihn möglichst bald in das Reich oder das Sudetenland zur Ausbildung zu schicken.
- 8./ Auf den Posten des Direktors des Wirtschaftsdienstes /bis jetzt besetzt mit Obermagistratsrat Prochazka/ soll nach dem Kriege möglichst auch ein Deutscher kommen; jedoch nur ein Mann mit erstklassigen Kenntnissen und grosser Erfahrung.

II. Von den 17 ehrenamtlichen Referenten der Hauptstadt Prag sind bereits 4 in deutscher Hand u. zw. Referent für das Gaswerk, Pg. Schicketanz, für den Schlachthof Pg. Klein, Referent für das Preis- und Verpflegungsamt Pg. Klein,



65147

71

baldige Klärung dieser Frage beim Herrn Reichsprotector habe ich dem Primatorstellvertreter zugesagt.

VI. Im übrigen soll die Personalpolitik bei der Hauptstadt Prag künftig nach einem genau festgelegten Plan erfolgen, der zum Ziele hat, die leitenden Posten baldigst frei zu bekommen und mit geeigneten und von uns vorher ausgesuchten, geschulten deutschen Beamten zu besetzen. Der Einbau der deutschen Beamten in die tschechische Verwaltung soll systematisch weiter vorwärts getrieben werden; damit wird auch eine Trennung der deutschen und tschechischen Verwaltung ein für allemal verhindert.

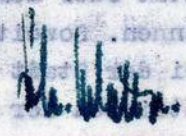
gez. von Watter

Der Oberlandrat Prag, den 26. Juni 1940.

Herrn

Oberregierungsrat Dr. G i e s
pers. Referent des Hr. Staatssekretär K.H. Frank

in P r a g,



zur gefl. Kenntnis und mit der Bitte, den Herrn Staatssekretär zu orientieren. Dem Herrn Unterstaatssekretär von Burgsdorf habe ich dieselbe Niederschrift unmittelbar übermittelt.

V. Voraussetzung für die Klärung der Gehaltsfrage. Es wurde fest-
sicher Beamter ist die Klärung der Gehaltsfrage. Es wurde fest-
gestellt, dass die Gehaltsfrage gewisse Anhaltspunkte an
die deutschen leitenden Beamten unbedingtes Fortbestehen ist
und dass neu einzustellenden Beamten in dieser Richtung schon
heute gewisse Verhandlungen gemacht werden müssen. Eine als

62146



114
41a

Referent für die Altmetallverwertung Pg-Huf. Der freiwerdende Posten des zweiten technischen Referenten soll ebenfalls mit einem Deutschen u. zw. mit Pg. Kolleschek besetzt werden. Weiter ist anzustreben die Ausbootung des derzeitigen Personalreferenten Nestaval, der gleichzeitig Kreisleiter des Národní souručenství von Grossprag ist. Ein geeigneter Deutscher soll schon jetzt dafür ausgesucht werden. Ein Drittel der Referentenstellen wäre dann in deutscher Hand.

III. Die von Primatorstellvertreter eingestellten jungen deutschen Juristen /ungefähr 16/ sollen möglichst sofort zur Ausbildung in das Reich oder in das Sudetenland geschickt werden. In Frage käme eine Ausbildung als deutsche Referendare mit Zustimmung der Reichsministers des Innern oder zumindest einer halbjährige Tätigkeit als Angestellte bei einem Landrat im Sudetenland. Ohne Kenntnis des deutschen und tschechischen Verwaltungsrechtes kann eine Tätigkeit dieser Leute bei der Stadt Prag -noch dazu in ganz untergeordneten Stellen- nicht verantwortet werden. Die Verhandlungen mit der Behörde des Herrn Reichsprotectors, des Reichsministers des Innern und eventuell mit dem Reichsstatthalter in Reichenberg werden von mir sofort aufgenommen.

IV. Von der Arbeitseinsatzabteilung des Oberlandratsamtes soll geprüft werden, ob die zzt. bei der Stadt Prag beschäftigten deutschen Handwerker, insbesondere die Facharbeiter nicht zweckmässigerweise in der Wirtschaft des Protektorats eingesetzt oder dem deutschen Handwerk wieder zugeführt werden können. Soweit sie ihrem Berufe entfremdet sind, sollen sie bei der Stadt bleiben; wenn möglich sollen sie ⁱⁿ den technischen Betrieben der Hauptstadt beschäftigt werden, um nicht länger als Schreiber tätig sein zu müssen.

V. Voraussetzung für die Einstellung wirklich tüchtiger deutscher Beamter ist die Lösung der Gehaltsfrage. Es wurde festgestellt, dass die Gewährung gewisser Ausgleichszuschläge an die deutschen leitenden Beamten unbedingtes Erfordernis ist und dass neu einzustellenden Beamten in dieser Richtung schon heute gewisse Versprechungen gemacht werden müssen. Eine als-



65146

Geheim

Prag, den 8. Juli 1940.

G.R. mit 4 Anlagen

Herrn Ministerialdirigenten Fuchs

unter Bezugnahme auf die mit Ihnen gehabte mündliche Besprechung zur Kenntnis und Auswertung übersandt. Ich darf noch darauf hinweisen, dass die vorläufige Festnahme von Primator Klapka bevorsteht. Infolgedessen gewinnt das Problem der Führung der Stadt Prag an Bedeutung. Die von dem Herrn Staatssekretär in der einschlägigen Angelegenheit vorgesehene Besprechung soll gegen Ende der Woche stattfinden. Ueber den genauen Zeitpunkt der Besprechung erhalten Sie von mir eine weitere Mitteilung.

62142

Fuchs

*Sehr Oberregierungsrat d. Ekes.
Sehr Bundesrat der Befragung von
Herrn Dr. d. Pflanz ^{aus dem Herrn Reichsminister}
auf dem Amtstag vorgelegt.*

Fuchs 28/78

Klitzner

Del. am 15. 9. 1940 bei dem

Untersuchung.

1. 2018.40

79

Prag, den 12. Oktober 1940.

1. Vermerk.

In der einschlägigen Angelegenheit ist Weiteres von dem Büro des Herrn Staatssekretärs nicht zu veranlassen. Daher

2. z.d.A.



St. S. V. f. i.
